

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 17. Dezember 1956

Blatt 2494

Wien hat immer Saison

=====

17. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 16. Dezember, über den überraschenden Aufschwung des Fremdenverkehrs in Wien. Der Bürgermeister führte aus:

"Wenn ein Jahr zu Ende geht, pflegt man auf die Ereignisse zurückzuschauen, die es gebracht hat. Man legt aber auch Rechenschaft ab über vollbrachte Leistungen und erzielte Erfolge. Das Jahr 1956 ist in der neueren Geschichte Wiens von besonderer Bedeutung, denn es war das erste volle Jahr der wiedergewonnenen Freiheit. Diese Tatsache hat sich auf das gesamte Leben der Stadt günstig ausgewirkt und zu verschiedenen erfreulichen Erscheinungen geführt.

Heute will ich rückschauend nur von einer dieser Erscheinungen sprechen, nämlich von dem überraschenden Aufschwung, den der Fremdenverkehr im Jahre 1956 genommen hat. Man darf, ohne sich einer Übertreibung schuldig zu machen, bildhaft sagen: Während die fremden Truppen bei einem Tor aus unserer Stadt hinauszogen, kamen beim anderen Tor die fremden Besucher herein. Wien verlor bei dieser friedlichen Ablösung keinen Augenblick lang den internationalen Charakter, den die Besatzungszeit ihm gegeben hatte.

Wir Wiener haben diese Auswechslung freudig begrüßt, weil wir an den Fremden Reisekoffer und Photoapparate lieber sehen als Tornister und Maschinenpistolen und unsere Hotels besser zu Fremdenherbergen taugen als zu Kasernen. Der plötzliche Fremdenzustrom aus aller Welt hat zweierlei bewiesen: Erstens, daß das Vertrauen in eine Stabilisierung der allgemeinen Weltlage zurückgekehrt war,

./.

und zweitens, daß die Welt unsere Stadt Wien über all die vielen Jahre, da sie kaum oder nur unter Schwierigkeiten zugänglich war, nicht vergessen hat.

Da nun das Fremdenverkehrsjahr 1956 zu Ende geht, dürfen wir eingestehen, daß uns der schon im Frühjahr einsetzende außerordentliche Fremdenzustrom überrascht und in mancherlei Verlegenheiten gebracht hat. Wir waren auf ihn gefaßt, aber nicht vorbereitet. Wir konnten das auch gar nicht sein, weil die Verhältnisse uns keine Zeit dazu ließen. Krieg und Besatzungszeit hatten der Fremdenverkehrswirtschaft schwere Schäden zugefügt. Ich erinnere nur daran, daß zahlreiche Hotels durch Kriegseinwirkung zerstört worden waren, während die besten der übriggebliebenen von den Besatzungsmächten beschlagnahmt wurden.

Einige Vergleichsziffern mögen Ihnen zeigen, wie traurig es um unseren Fremdenverkehr der ersten Nachkriegsjahre bestellt war. Im Fremdenverkehrsjahre 1936/37 wurden in Wien 2,738.000 Ausländerübernachtungen gezählt. Das waren 41 Prozent aller Ausländerübernachtungen in Österreich. Wien marschierte also an der Spitze der Bundesländer. Im Fremdenverkehrsjahr 1952/53 hingegen gab es in Wien nur 586.000 Ausländerübernachtungen und unser Anteil am gesamtösterreichischen Fremdenverkehr betrug nur mehr sieben Prozent. Zwar stieg die Anzahl der Ausländerübernachtungen von ihrem Tiefstand im Jahr 1948/49 langsam an, den ersten Auftrieb aber spürten wir erst nach dem Ende des Koreakrieges im Sommer 1953. Im Fremdenverkehrsjahr 1954/55 überstiegen die Ausländerübernachtungen bereits die Einmillionengrenze, sie lagen aber noch immer um 64 Prozent niedriger als im letzten Friedensjahr 1936/37. Die endlich aufsteigende Tendenz zeigte jedoch zweierlei: daß der internationale Fremdenverkehr mit der Empfindlichkeit eines Seismographen auf die jeweilige Weltsituation reagiert, und daß Wien im Blickfeld des wieder erwachenden Reiseinteresses stand.

Ich habe die besorgniserregende Situation des Wiener Fremdenverkehrs in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende geschildert, damit um so deutlicher wird, was zu ihrer Überwindung geschehen ist. Die Wiener Landesregierung hat im Juni 1955 das Wiener Fremdenverkehrs-Förderungsgesetz beschlossen. Es soll jene Maßnahmen ermöglichen, die geeignet sind, den für die Geltung Wiens bedeutungsvollen Zustrom von Gästen zu verstärken. Die Werbung für

Wien, die Förderung gesellschaftlicher, künstlerischer und kultureller Veranstaltungen, die Beratung bei der Verbesserung von Fremdenverkehrsseinrichtungen wird im Sinne dieses Landesgesetzes von der "Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien" geleistet. Sie hat ihre Arbeit unter schwierigen Verhältnissen zu Beginn des Jahres 1956 aufgenommen, aber sie durfte bald auf eine Reihe erfolgreicher Unternehmungen zurückschauen.

Am drückendsten machte sich der Mangel an Quartieren bemerkbar. Die Stadt Wien, die 1914 über rund 16.000 und 1937 noch über 13.000 Fremdenbetten in Hotels und Hotelpensionen verfügt hatte, sollte nun mit nur 9.300 Betten den anschwellenden Fremdenverkehr bewältigen. Die intakt gebliebenen Beherbergungsbetriebe waren durch Vorbestellungen auf Monate hinaus belegt. Es mußten daher zehntausende Zimmerbestellungen aus aller Welt abschlägig beschieden werden, obwohl der Wiener Verkehrsverein tausende Privatquartiere organisierte und so den bedrängten Hotels zu Hilfe kam. Die ungünstige Quartierlage wurde noch erschwert durch das unbeabsichtigte zeitliche Zusammentreffen großer Veranstaltungen wie etwa der glanzvollen Wiener Festwochen des Mozartjahres 1956 mit der Weltkraftkonferenz.

Wien, die alte und beliebte Kongreßstadt, wurde nämlich sogleich auch wieder zum Treffpunkt internationaler Tagungen aller Art. Auch hier griff die Fremdenverkehrsstelle regulierend ein. Sie organisierte eine Kongreßzentrale, die den Veranstaltern von Kongressen, Tagungen und Treffen beratend beisteht und das zeitliche Zusammenfallen größerer Veranstaltungen zu verhindern bemüht ist.

Ein anderes Problem, dem man sich zuwenden mußte, war nicht weniger dringend: Unser Kunst- und Kulturleben hat im Hochsommer Ferien. Die Wiener Philharmoniker sind bei den Salzburger-, die Wiener Symphoniker bei den Bregenzer Festspielen. Oper, Burgtheater und Konzertsäle sind geschlossen. Die ausländischen Gäste aber kommen voll mit Hoffnungen und Erwartungen in die Musikstadt Wien. Wer könnte es ihnen verübeln, daß sie gerade bei uns Wiener Musik und Wiener Operetten hören wollen? Da war es wieder die Fremdenverkehrsstelle, die eingriff. In Gemeinschaftsarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien wurde sozusagen über Nacht ein Wiener Vergnügungssommer organisiert, wie er seit mindestens zwanzig Jahren

nicht mehr zu erleben war. Im Redoutensaal der Hofburg, im Raimund-theater und im Schönbrunner Schloßtheater gab es viel zu sehen und zu hören. Abendkonzerte klassischer Musik in fünf Wiener Palais, Konzerte im Arkadenhof des Rathauses und musikalische Veranstaltungen an historischen Stätten und in Parkanlagen ergaben eine künstlerisch-kulturelle Hochsommer-Saison, die den Beifall der Fremden fand.

Ein weiteres Problem der Fremdenverkehrswirtschaft ist die Verlängerung der Fremdensaison über die Hauptreisezeit hinaus. Wien ist eine Stadt, die immer Saison hat und deren Kunstleben gerade während der Herbst- und Wintermonate in höchster Blüte steht. Die Fremdenverkehrsstelle hat daher eine besondere Aktion ins Leben gerufen, um die Bewohner der österreichischen Bundesländer zu einem Herbst- oder Winterbesuch der Bundeshauptstadt zu ermuntern. Die Werbung unter der Devise "Österreich - Dein Herz ist Wien!" wurde durch Presse, Rundfunk und Film in das gesamte Bundesgebiet hinausgetragen und hat dort ein freudiges Echo gefunden.

Das sind nur einige wenige Beispiele der im Jahre 1956 geleisteten Fremdenverkehrsarbeit. Dieser Arbeit ist es zum Teil zu danken, daß die abgelaufene Saison so erfolgreich war. Im vergangenen Fremdenverkehrsjahr stieg die Zahl der Ausländerübernachtungen bereits auf 1,400.000. Das bedeutet viel, wenn man bedenkt, daß 1937 die ausländischen Gäste zu 50 Prozent aus Ländern kamen, die heute hinter dem Eisernen Vorhang liegen und deren Anteil am Wiener Fremdenverkehr gegenwärtig nur etwa zwei Prozent beträgt. Leider liegen keine konkreten Zahlen vor, die uns über die wirtschaftlichen Vorteile des Fremdenverkehrs in Wien Auskunft geben könnten. Wenn wir aber sehr vorsichtig schätzen, daß jeder auswärtige Besucher Wiens täglich ungefähr 200 Schilling ausgibt, dann kommen wir bei der vorher genannten Zahl der Übernachtungen auf den Betrag von annähernd 300 Millionen Schilling. Es ist ganz klar, daß diese Gelder auf die verschiedenen Wirtschaftszweige sehr befruchtend gewirkt und für tausende Menschen Brot und Arbeit bedeutet haben.

Das kommende Jahr 1957 wird womöglich eine weitere Steigerung

des Fremdenverkehrs bringen. Schon jetzt sind bei der Fremdenverkehrsstelle 40 Kongresse und Tagungen angemeldet, die Wiener Festwochen werden nach ihrem außerordentlichen Erfolg im Mozartjahr verstärkten Besuch erhalten, und die Wiener Internationalen Messen rechnen mit einem Massenzustrom. Im Fremdenverkehrsjahr 1957 wird die Stadt Wien zum Empfang ihrer Gäste auch besser gerüstet sein. Durch Neubauten, Umbauten und Renovierung werden mehr als 1.000 neue Fremdenbetten den Quartiermangel fühlbar entlasten, es werden neue Campingplätze zur Verfügung stehen und es wird auch die Vermittlung von Privatquartieren den praktischen Bedürfnissen besser angepaßt sein.

Alle Vorhaben im Interesse des Fremdenverkehrs können nur in gemeinsamer Arbeit aller beteiligten Kreise durchgeführt werden. Von größter Bedeutung wird es dabei sein, daß die Hotels und Pensionen preiswürdig und preisgetreu bleiben. Wer aus dem Umstand, daß das Wiener Hotelbett noch immer Mangelware ist, ungebührlichen Nutzen zu schlagen versucht, schädigt nicht nur sich selbst, sondern die Allgemeinheit. Mag der fremde Gast uns manches nachsehen, weil er die Schwierigkeit unserer Verhältnisse versteht - ausgeübt und überfordert zu werden, wird er uns nicht entschuldigen.

Im Laufe dieses Jahres habe ich von ausländischen Gästen viele Briefe bekommen. Glücklicherweise waren Beschwerden sehr selten. Die meisten Briefe waren voll des Lobes und der Anerkennung. Vor allem wurde immer wieder betont, wie glücklich unsere Gäste über die Freundlichkeit und Zuvorkommenheit der Wiener Bevölkerung waren. Ich bin darüber sehr froh, weil ich das für die beste Fremdenverkehrspropaganda halte. Einen dieser Briefe will ich Ihnen nicht vorenthalten. Eine Dame aus England schrieb mir: "Sehr geehrter Herr! Mein Gatte und ich verbrachten im Juni unseren Urlaub in Wien. Es war unser erster Besuch in Ihrer entzückenden Stadt; wir hoffen, es wird nicht der letzte gewesen sein. Nach unserer Rückkehr habe ich den Wunsch, irgend jemanden zu sagen, wie glücklich wir uns unter ihnen so freundlichen Menschen fühlten. Da ich aber niemanden in Wien kenne, nehme ich mir die Freiheit, Ihnen zu schreiben. Wo immer wir hingingen, und sogar von den Menschen in den Straßen, wurde uns Freundlichkeit und Höflichkeit entgegengebracht, die uns mit dem warmen Gefühl der Freundschaft ./.

erfüllte. Dieses Gefühl lebt weiter in uns und wird noch vermehrt durch die derzeitigen Radiosendungen am Donnerstag-Abenden von "Musik aus Wien". Wir lauschen dieser Musik und verweilen in Gedanken bei den vielen Erlebnissen, die Wien zu einem für uns schönen und freundlichen Aufenthalt machten.

Für all das wollte ich jemanden "Danke!" sagen, und konnte dabei nur an Sie denken. Ich hoffe, Sie werden mir dieses störende Eindringen in Ihr geschäftiges Leben verzeihen. Ihre ergebene Gladys Hewson."

Ich möchte meine Ausführungen nicht schließen, ohne der gesamten Bevölkerung Wiens für das Verständnis Dank zu sagen, das sie im vergangenen Jahr den Bedürfnissen des Fremdenverkehrs entgegengebracht hat. Ihr zuvorkommendes, hilfsbereites Verhalten unseren Gästen gegenüber hat den Ruf Wiens als einer heiteren Stadt lebenswürdiger Menschen neuerlich bestätigt. Denn es sind - wie in früheren Zeiten - auch heute noch die Wiener, die Wiens sympathische Atmosphäre bestimmen, den musischen Sinn unserer Donaustadt, ihre Gastfreundschaft und natürliche Freude an der Verständigung der Menschen und Nationen.

So tritt unsere Stadt voll Hoffnung in ein neues Fremdenverkehrsjahr ein, das ihrer gesamten Wirtschaft, aber auch ihrem kulturellen Ansehen in aller Welt Aufschwung und neue Erfolge bringen wird. Es liegt an Ihnen allen, das Ihre dazu beizutragen.

Ich bin überzeugt, daß, soweit es auf uns Wiener ankommt, wir alles dazu tun werden, um unseren Gästen aus nah und fern den Aufenthalt in Wien so angenehm und interessant als möglich zu machen. Wir wissen aber auch, daß der Fremdenverkehr in Wien vom Geschehen in der großen Welt abhängt. Gerade in diesen Tagen, da wir uns für das Weihnachtsfest, für das Fest des Friedens, vorbereiten, schlägt die Weltpolitik wieder hohe Wellen. Wir sind überzeugt, daß niemand den Krieg will, aber es kostet viel Geduld, den Frieden zu erhalten. Die Ereignisse in Ungarn haben zehntausende unfreiwillige und unglückliche Gäste in unsere Stadt gebracht. Wenn ich Ihnen nun zu den bevorstehenden Weihnachtsfeiertagen viel Freude und Frohsinn wünsche, dann verbinde ich damit die Bitte, der unglücklichen ungarischen Flüchtlinge in unserer Stadt zu gedenken und in irgend einer Form dem einen oder dem anderen eine Freude zu bereiten!"

Wiener Landtag

=====

17. Dezember (RK) Der Wiener Landtag trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Marek (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen.

Berichterstatter Stadtrat Resch (SPÖ) referierte zunächst über die Abänderung des Gesetzes, betreffend Einhebung einer Ausgleichs-
abgabe auf Lebendvieh im Gebiete der Stadt Wien. Das Gesetz verliert mit 31. Dezember 1956 seine Wirksamkeit, soll nun aber unbegrenzt verlängert werden, da es sich in den vergangenen Jahren als wertvolle Hilfe gegen die Verödung des Wiener Schlachtviehmarktes erwiesen hat. Die Umgehung des Wiener Schlachtviehmarktes bringt der Stadt Wien nicht nur fiskalische Nachteile, auch die Viehbeschau außerhalb Wiens weist viele Mängel auf. Der vorliegende Entwurf beinhaltet eine Beseitigung der Begrenzung der Geltungsdauer des Gesetzes.

Die Vorlage wurde der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und der Kammer für Arbeiter und Angestellte zur Stellungnahme übermittelt. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte erhebt keinen Einwand. Die Kammer für gewerbliche Wirtschaft ist zu keiner einheitlichen Stellungnahme gelangt. Die Sektion Industrie und Gewerbe hat sich gegen die Verlängerung ausgesprochen. Die Sektion Handel hat ein Minderheitsvotum gegen dieses Gutachten der Kammer eingebracht und sich für die Verlängerung des Gesetzes ausgesprochen. Der Magistrat hält den Einwand der Industrie und des Gewerbes nicht für richtig, weil die Ausgleichsabgabe nicht den Zweck hat, Lenkungsmaßnahmen herzustellen, sondern nur einen Ersatz für die entfallenden Marktgebühren darstellt. Da die Abgabe pro Kilogramm Ausbeutegewicht nur 15 bis 16 Groschen beträgt, hat sie auch keinen Einfluß auf die Fleischpreise.

Die Gesetzesvorlage wurde bei der Abstimmung einstimmig angenommen.

Der zweite Gesetzentwurf, über den Stadtrat Resch berichtete, ist die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Einhebung einer
Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch im Gebiete der Stadt Wien. Auch bei diesem Gesetz soll die zeitliche Begrenzung wegfallen.

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte erhebt auch hier keinen Einwand. Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien ist zu keiner einheitlichen Stellungnahme gelangt. Die Sektionen Industrie und Handel erheben keinen Einwand, beschränken aber die Zustimmung nur auf die Verlängerung für ein Jahr. Das Gewerbe hat ein Minderheitsvotum eingebracht. Der Magistrat ist der Meinung, daß die geringe Belastung, die Abgabe macht hier 12 Groschen pro Kilogramm aus, keinen Einfluß auf die Fleischpreise hat.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage ebenfalls einstimmig angenommen.

- - -

Der Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt für 1955
=====

17. Dezember (RK) Im Anschluß an die Landtagssitzung trat unter Vorsitz von Bürgermeister Jonas der Wiener Gemeinderat zusammen.

Im Einlauf befand sich ein Antrag der VO, betreffend Übernahme der Beleuchtung einiger dem öffentlichen Verkehr dienender Straßen und Plätze im 22. Bezirk durch die Stadt Wien.

Von der 48 Punkte umfassenden Tagesordnung werden nur der Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1955 und die Voranschläge für 1957 verhandelt, da zu den restlichen Punkten keine Wortmeldungen vorliegen.

Über den Rechnungsabschluß und dem Bericht des Kontrollamtes für 1955 berichtete der städtische Finanzreferent, Stadtrat Resch (SPÖ). Wie er hervorhebt, schließt der zeitgerecht vorgelegte Rechnungsabschluß mit einem Defizit von 34 Millionen Schilling. Wie immer ist der Rechnungsabschluß eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung. 1955 hat sich der wirtschaftliche Aufschwung weiter fortgesetzt, wenn auch schon eine merkliche Verlangsamung eingetreten ist. Natürlich hatte der Aufschwung der Wirtschaft auch die Einnahmen aller öffentlichen Körperschaften erhöht. Die Einnahmen der Stadt Wien sind im Jahre 1955 gegenüber dem Voranschlag um nicht weniger als 378 Millionen gestiegen, sodaß auch wieder Zuschußkredite in beträchtlicher Zahl genehmigt werden konnten. Da allerdings die Zuschußkredite von 446 Millionen zu einem großen Teil wieder durch Minderausgaben auf anderem Ausgabenposten kompensiert wurden, machen die schließlichen Mehrausgaben nur 121 Millionen aus. Die hohen Minderausgaben sind im wesentlichen durch die mangelnde Baukapazität der Wiener Bauwirtschaft verursacht. Für den Wohnbau standen samt den Zuschußkrediten 519 Millionen zur Verfügung. Verbraucht wurden nur 426 Millionen. Beim Brücken- und Wasserbau wurden statt der bereitgestellten 29 Millionen nur 18 Millionen und beim Bau der Sporthalle und des Stadions statt 50 Millionen nur 35 Millionen verbraucht.

Die Einnahmen kommen aus den drei großen Gruppen: den Ertragsanteilen, den eigenen Abgaben und den Gebühren und sonstigen Einnahmen. Die Ertragsanteile sind wegen der Reform der Einkommenssteuerskalen und verschiedener Begünstigungen auch bei der Lohnsteuer nur um 92 Millionen auf 1.031 Millionen gestiegen, die eigenen Abgaben sind um 161 Millionen auf 1.036 Millionen gestiegen und die Gebühren und sonstigen Einnahmen um 125 Millionen auf 1.388 Millionen, sodaß sich eine Gesamteinnahmensumme von rund 3.456 Mill. Schilling, um 378 Millionen mehr als veranschlagt, ergeben hat. Von den eigenen Abgaben ist wie immer die Gewerbesteuer am meisten, nämlich um 92 Millionen auf 562 Millionen, gestiegen. Die Lohnsteuer ist um 35 Millionen auf 180 Millionen, die Vergnügungssteuer um 16 auf 71 Millionen und die Getränkesteuer um 12 auf 72 Millionen gegenüber dem Voranschlag gestiegen.

Bei den Ausgaben, die im Saldo um 121 Millionen gestiegen sind, ist auffallend, daß der Personalaufwand nur um 11 Millionen zugenommen hat; er hat 1.104 Millionen ausgemacht. Der laufende Sachaufwand hat um 105 Millionen zugenommen und 1.436 Millionen erreicht. Die Investitionen stiegen um 36 auf 873 Millionen und für die Kriegsschadenbehebung wurde um 31 Millionen weniger ausgewiesen als im Voranschlag vorgesehen war, es wurden hierfür nur 76 Millionen ausgewiesen. Die Ursache für die geringe Steigerung beim Personalaufwand liegt in der Ausgemeindung der Randgemeinden, wodurch der Personalstand um 1.155 Personen auf 31.980 gefallen ist. Außerdem wurden 610 Lehrer an das Land Niederösterreich abgegeben, was für die Gemeinde von außerordentlicher finanzieller Tragweite ist. Die Ursache für die Erhöhung des Sachaufwandes um 105 Millionen liegt vor allem darin, daß den Stadtwerken für die Ratenaktion für Gas- und Elektrogeräte ein Kontokorrentkredit von 80 Millionen gegeben werden mußte. Auch die Ausgaben für die bauliche Erhaltung sind um 26 Millionen gestiegen.

Die geringe Steigerung der Investitionen um nur 36 Millionen ist eine natürliche Folge der geringen Baukapazität bei Hochbauten. Die Minderausgaben für die Kriegsschädenbehebung sind eine Folge der geringeren Kredite aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds. Damit ist 1955 der Gesamtaufwand für das Bau- und Baunebengewerbe im Rechnungsabschluß erstmals geringer, als er budgetiert war: 1.240 Millionen waren vorgesehen, es konnten jedoch nur 1.203 Millionen aufgewendet werden. Dagegen sind Mehrausgaben beim Tiefbau eingetreten: 26 Millionen beim Straßenbau und 23 Millionen bei den Wasserwerken.

Geldmittel für 9.400 neue Wohnungen

Mit den 426 Millionen für den sozialen Wohnhausbau konnten mindestens 5.000 Wohnungen geschaffen werden. Durch die Wohnbauförderungsmittel an 100 Bewerber in der Höhe von 158 Millionen, die einschließlich der Eigenmittel eine Bausumme von 190 Millionen ergeben, konnten 1.500 Wohnungen und 25 Geschäftslokale gebaut werden. An 37 Genossenschaften wurden 87 Millionen Darlehen gegeben, was mit den Eigenmitteln einer Gesamtbausumme von 300 Millionen und 2.900 Wohnungen entspricht. Zusammen sind also im Rechnungsabschluß 1955 - ohne die Wiederaufbauten des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds - Mittel für 9.400 neue Wohnungen ausgewiesen. Stadtrat Resch führte eine ganze Reihe weiterer Investitionen an und kommt zu der Schlußfolgerung: Die Gemeinde Wien hat also im Jahre 1955 ihre Aufgabe zur Stützung der Vollbeschäftigung erfüllt und dazu beigetragen, daß die Arbeiter und Angestellten dieser Stadt wieder fast restlos ins Verdienen gekommen sind!

Die Schulden sind um 69 Millionen gestiegen, sodaß der Schuldenstand der Hoheitsverwaltung 464 Millionen erreichte. Die Steigerung ist mit 52 Millionen allein auf die Wohnbauförderungsdarlehen zurückzuführen. Der Schuldendienst der Hoheitsverwaltung ist, den Schulden entsprechend, außerordentlich nieder. Der Kapitaldienst beträgt im Verhältnis zum Budgetvolumen 0.7 Promille, oder: in je 1.000 Schilling Ausgabe sind für den Schuldendienst 70 Groschen enthalten. Diese geringe Belastung der Gemeinde aus diesem Titel ist auch eine der Ursachen der höheren Leistungsfähigkeit der Stadt.

Die eigenen Rücklagen sind entsprechend dem Defizit dieses Rechnungsabschlusses um 15 Millionen auf 738 Millionen gefallen. 34 Millionen mußten zur Deckung des Defizits herangezogen werden. Der Rückgang ist aber durch den Zinsenertrag für die Rücklagen um 19 Millionen verringert worden.

Die Hoheitsverwaltung weist im Geldinventar Aktiven von 2.436 Millionen und Passiven von 1.049 Millionen aus, sodaß sich das Vermögen der Hoheitsverwaltung in Geldwerten auf 1.387 Millionen belaufen hat. Infolge der Ausgemeindungen ist der **Gemeindegrund** 1955 von 43.350 Hektar auf 38.339 Hektar gesunken. Da der Grundbesitz durch die Ausgemeindung bereits im Jahre 1954 um 1.800 Hektar gesunken ist, kann angenommen werden, daß die Ausgemeindung die Gemeinde Wien mindestens 8.000 bis 9.000 Hektar gekostet hat. Der Verlust wird früher oder später beim Bauprogramm der Gemeinde zu spüren sein.

Nach dem Gesetz ist der Rechnungsabschluß öffentlich aufzulegen, und jeder Bürger hat das Recht, Einsicht zu nehmen und hiezu "Erinnerungen" zu machen. Diesmal haben zwölf Gemeindeglieder Einsicht genommen, nur drei von ihnen haben Erinnerungen abgegeben. Sie verlangten unter anderem verbilligten Brennstoffbezug für die Arbeitslosen, Erhöhung der Schneearbeiterlöhne und Einführung des Kurzstreckentarifes.

Abschließend stellte der Berichterstatter den Antrag, den auf Grund des Abschlusses sich ergebenden Abgang der außerordentlichen Gebarung von 57 Millionen mit dem Teilbetrag von 23 Millionen aus den Mitteln der ordentlichen Gebarung zu decken und den Rest von 34 Millionen aus der Allgemeinen Rücklage zu entnehmen. Weiter möge der Gemeinderat die ordentliche Rechnung des Jahres 1955 mit Einnahmen und Ausgaben von je 3.437 Millionen und die außerordentliche Rechnung mit Einnahmen und Ausgaben von je 76,7 Millionen genehmigen.

Der Kontrollamtsbericht für 1955

Stadtrat Resch (SPÖ) behandelt hierauf den Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1955. Das Kontrollamt untersucht nicht nur die Gebarung, sondern überprüft auch die Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung und gibt der Verwaltung zahlreiche Anregungen.

Zum Wohlfahrtswesen stellt das Kontrollamt fest, daß die Kindergärten im Jahre 1955 nur zu 72 Prozent der vorhandenen Plätze besucht waren, gibt aber selbst zu, daß dies nur eine Teilerscheinung in gewissen Gebieten der Stadt ist. Der Rückgang geht zum Teil auf die Absenzen der Kinder wegen Krankheit, Urlaub der Eltern usw. zurück. Nach dem Bericht des Kontrollamtes gibt es aber auch Gebiete, in denen die vorhandenen Plätze nicht voll ausgenützt werden. Der Bericht regt nun eine Verlegung von Kindergärten in jene Gebiete an, in denen die Kinderzahl ständig zunimmt.

Bei einer Überprüfung des Anstaltenamtes kam das Kontrollamt zu der Erkenntnis, daß der Medikamentenaufwand in immer stärkerem Ausmaß steigt und daß 1955 nur 54 Prozent der Ausgaben des Anstaltenamtes durch echte Einnahmen gedeckt waren. Hiezu erklärt Stadtrat Resch, daß es sich damals noch um "goldene Zeiten" gehandelt habe, denn laut Voranschlag 1957 werden nur 36 Prozent der Ausgaben auf diesem Gebiet durch Einnahmen ihre Deckung finden.

Die Gemeinde Wien baut am billigsten

Bei der Überprüfung des Bauwesens und der Wirtschaftlichkeit der Bauführung hat das Kontrollamt, wie der Berichterstatter anerkennend hervorhebt, außerordentlich wertvolle Arbeit geleistet, die mit dazu beigetragen hat, daß die Gemeinde Wien unter allen öffentlichen und privaten Bauherren am billigsten baut.

Abschließend spricht Stadtrat Resch dem Kontrollamt, den Beamten der Finanzverwaltung und der übrigen Verwaltung der Stadt, die an der ordentlichen und korrekten Verwaltung der Stadt Wien mitgewirkt haben, den Dank aus. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Dr. Fiedler (ÖVP) bemerkt einleitend, daß der Rechnungsabschluß für das Jahr 1955 diesmal rechtzeitig und zeitgerecht noch vor Beschlußfassung über den Voranschlag für das kommende Jahr dem Gemeinderat vorgelegt wurde. Vor allem die Einnahmen haben eine beträchtliche Steigerung gegenüber dem Voranschlag um 12.3 Prozent erfahren, während die Ausgaben um 3.6 Prozent gestiegen sind. Der ursprünglich vorgesehene nicht unbeträchtliche Abgang von etwa 290 Millionen Schilling verminderte sich so auf den verhältnismäßig unbedeutenden Betrag von 34 Millionen. Wenn auch erstmalig ein passiver Rechnungsabschluß vorliegt, so ist sein

Abgang doch nur von geringfügigem Umfang. Die wesentliche Einnahmensteigerung ist, wie auch in dem Bericht festgestellt wurde, auf die anhaltend gute wirtschaftliche Konjunktur zurückzuführen. Es war jedoch, wie der Redner hinzufügt, vor allem die erfolgreiche Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die auch in den Einnahmen der Stadt Wien ihren sichtbaren Ausdruck fand. (Beifall bei der ÖVP)

Die Gewerbesteuer brachte in den zehn Jahren seit Kriegsende die wesentlichste Vervielfachung unter allen Steuern und Abgaben. Der Gewerbesteuerertrag belief sich 1946 auf 37 Millionen, 1948 auf 138 Millionen, 1952 auf 392 Millionen, 1955 auf 563 Millionen und wird 1956 voraussichtlich mehr als 630 Millionen erbringen. Ausgehend von den Steuererträgen des Jahres 1948 erhöhte sich die Gewerbesteuer im Jahre 1955 auf 532 Prozent, während die Erträge der Einkommensteuer auf 379 und die der Lohnsteuer nur auf 205 Prozent stiegen. Die Gewerbesteuer war ursprünglich für einen bestimmten Zweck gedacht, nämlich zunächst zur Sicherung der Arbeitnehmer im Krankheitsfall und späterhin für die Altersvorsorge der wirtschaftlich Selbständigen. Heute hat aber die Gewerbesteuer die ursprüngliche Zweckbestimmung verloren und ist sozusagen die zweite und zusätzliche Einkommensteuer der Handels- und Gewerbetreibenden. Wenn nun auch die wirtschaftlich Selbständigen, von denen eine große Anzahl in ihrem Alter in wirtschaftliche Notlage geraten sind, eine gesetzliche Altersversicherung erhalten sollen, so könnte auch die Gemeinde Wien diesen Menschen, die durch jahrelange Steuerleistung zum Steueraufkommen unserer Stadt beigetragen haben, in irgendeiner Form helfen. Die öffentliche Fürsorge hat seit dem Inkrafttreten der Altersversorgung durch die Handelskammer viele Dauerbefürsorgte weniger aufzuweisen. Durch die beabsichtigte neue gesetzliche Regelung werden sicherlich noch weitere Dauerbefürsorgte aus der öffentlichen Fürsorge ausscheiden.

Die Gewerbesteuer bedeutet vor allem für die kleinen und kleinsten Gewerbetreibenden eine schwere Last. Es wäre hoch an

der Zeit, im Sinne einer schon vor Jahren gemachten Anregung eine Enquete über die Gemeindesteuern baldigst abzuhalten. Der Redner regt im Zusammenhang mit dem ständigen Steigen der Lohnsummensteuer an, der Nationalrat möge den Freibetrag für das Wirksamwerden der Lohnsummensteuer entsprechend anpassen und erhöhen.

Die Rücklagen der Gemeinde Wien erfuhren seit einigen Jahren erstmals durch die Deckung des Abganges eine geringfügige Verminderung. Dennoch konnte die Verwaltung der Stadt auch Ende 1955 über sehr beträchtliche Rücklagen in der Höhe von 753 Millionen Schilling verfügen. Ein wesentlicher Teil des Kassenstandes ist bei Geldinstituten zum Teil mit längerfristigen Bindungen angelegt, sodaß entsprechende Zinsenerträge verzeichnet werden, die für 1955 52 Millionen betragen. Der Redner richtet an den Finanzreferenten die Frage, ob es richtig ist, daß die Gelder vor allem bei einem Kreditinstitut eingelegt sind, welches beachtlich große Darlehen und Kredite an öffentliche Körperschaften außerhalb Wiens vergeben hat. Es erscheint nicht gerechtfertigt, daß Steuermittel, die von dieser Stadt aufgebracht wurden, eine Verwendung in der Weise finden, daß man Kredite für Zwecke außerhalb unserer Stadt gibt. (Beifall bei der ÖVP.) Der Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft die Gemeinde den Wiener Stadtwerken nicht höhere Zinsen für Kredite anrechnet, als sie selbst durch die Einlagen bei Kreditinstituten erhält.

Die ÖVP wird dem vorliegenden Rechnungsabschluß und dem Bericht des Kontrollamtes ihre Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP.)

Im Schlußwort nahm Stadtrat Resch zu den Ausführungen des Debattenredners Stellung. Dr. Fiedler hat an die Spitze seiner Ausführungen die Behauptung gestellt, daß die erzielten Mehreinnahmen vor allem auf die Wirtschaft- und Finanzpolitik des Bundes zurückzuführen seien. Das hätte er bei allen Jahren seither sagen können nur nicht für 1955. In diesem Jahre sind die Ertragsanteile gegenüber den eigenen Abgaben zurückgeblieben. Wenn man also von einem Verdienst der Finanzpolitik des Bundes in den anderen Jahren vielleicht mit Recht sprechen kann, so war das für 1955 durch die Steuermaßnahmen des Bundes zweifellos am wenigsten der Fall. /.

Gewerbeertrag um 3.5 Milliarden gestiegen

Dr. Fiedler hat sich dann mit der Gewerbesteuer beschäftigt und gesagt, daß die Zunahme des Ertrages dieser Steuer seit 1947 520 Millionen ausgemacht hat. Der Debattenredner hat aber vergessen zu sagen, daß die Gewerbesteuer zum Unterschied zu anderen Bundessteuern keine progressive Steuer ist. Wenn also der Gewerbesteuerertrag seit 1947 um 520 Millionen gestiegen ist, so ist in der gleichen Zeit der Gewerbeertrag um 3.5 Milliarden gestiegen! Ich glaube, sagte Stadtrat Resch, es ist nur recht und billig bei einem solchen Mehrertrag, wenn die Steuer mitgeht, vor allem wenn man bedenkt welche Aufgaben die Gemeindeverwaltung noch vor sich hat.

Dr. Fiedler hat auch behauptet, daß die Gewerbesteuer mit der Absicht eingeführt wurde, für das Alter der Gewerbetreibenden vorzusorgen. Der Referent stellt die Frage, wo diese Absicht je ausgesprochen wurde. Der Debattenredner hat auch gemeint, daß die Gemeinde Wien imstande wäre, für die Altersversorgung der Gewerbetreibenden aus ihren Mitteln einen Beitrag zu leisten; die anderen Gemeinden wären dazu nicht oder nicht so leicht imstande. Der Referent lehnt jedoch diese Forderung als eine Diffamierung Wiens gegenüber anderen Städten ab. Der Debattenredner hat ferner behauptet, daß die Dauerbefürsorgten ohnehin aus der Befürsorgung durch die Gemeinde ausscheiden und dadurch Mittel frei werden. Die Novelle zum ASVG erhöht jedoch die Zuschüsse, die zu den Altersrenten von den Gemeinden gegeben werden, sodaß Wien im nächsten Jahr 40 bis 70 Millionen mehr als heuer brauchen wird.

50 Prozent der Steuerermäßigungen treffen Länder und Gemeinden

Zu der Anregung, eine Steuerenquete durchzuführen sagte Stadtrat Resch, die Steuerenquete seien die Mitglieder des Wiener Landtages und des Gemeinderates. Das ist die freigewählte Enquete der Wiener Bevölkerung über die hinaus es keine Instanz gibt. (Beifall bei SPÖ und VO.)

Mit Nachdruck stellte Stadtrat Resch auch fest, daß alle Steuerreformen des Bundes, die die Steuer ermäßigt haben, die Länder und Gemeinden im gleichen Ausmaß wie den Bund treffen. Es ist

./.

ein Unrecht, die Dinge so darzustellen, als ob der Bund allein Steuernachlässe gewährt hat. Volle 50 Prozent der Steuerermäßigungen treffen die Länder und Gemeinden. Stadtrat Resch sagte in diesem Zusammenhang, er sei jedenfalls gegen jede soziale Aushöhlung dieser Stadt. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu den Anregungen, betreffend den Bericht des Rechnungshofes sagte der Referent, der Rechnungshof lege einen offiziellen Bericht an den Gemeinderat vor und erstattet auch einen zweiten vertraulichen Bericht an den Stadtsenat, der dort vorgelegt und behandelt wird.

Dr. Fiedler hat auch den Umstand getadelt, daß die Gemeinde 52 Millionen Zinserträge hatte. Stadtrat Resch hält dem entgegen, daß mit diesem Geld 600 Wohnungen gebaut wurden, die die Wiener Bevölkerung nicht einen Schilling gekostet haben. Was die Kreditvergebung durch die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien anbelangt, so möge sich Dr. Fiedler an Stadtrat Dkfm. Nathschläger wenden, der diese Kredite beschließt. Zu der Kritik an den Zinsen für Kredite an die Städtischen Unternehmungen bemerkt Stadtrat Resch: Die ÖVP hat immer gleiche Behandlung der städtischen Betriebe verlangt. Nun sollen die Monopolbetriebe davon ausgenommen werden, das geht aber nicht. Soll die Straßenbahn anders behandelt werden als zum Beispiel das Brauhaus oder der Landschaftsbetrieb?

Abschließend ersuchte Stadtrat Resch den Rechnungsabschluß für das Jahr 1955 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird der Rechnungsabschluß und der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien einstimmig zur Kenntnis genommen.

- - -

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für 1957
=====

17. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat begann sodann mit den Beratungen des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1957. Berichterstatter ist der städtische Finanzreferent, Stadtrat Resch (SPÖ).

Wie er zu Beginn ausführte, bringt der Voranschlag für das Jahr 1957 in zahlenmäßiger Darstellung zum Ausdruck, wie die Verwaltung der Stadt im kommenden Jahr geführt werden soll. Die Voraussetzungen, von denen seine Zahlen ausgehen, sind eine ruhige politische und wirtschaftliche Weiterentwicklung unseres erst so kurz selbständigen und im Verhältnis zu den Mächten, die den Gang der Geschichte bestimmen, so kleinen Staates Österreich.

Ruhige Entwicklung ist Voraussetzung

Nur wenn diese ruhige Weiterentwicklung Tatsache wird, erklärte Stadtrat Resch weiter, werden sich die Erwartungen erfüllen, die wir an dieses Budget knüpfen. Die Welt ist im Augenblick aber von politischen Spannungen erfüllt und auch wir werden sehr gegen unseren Willen davon betroffen. Ich muß in diesem Zusammenhang unseres Nachbarvolkes gedenken, das jetzt so furchtbare Zeiten mitmacht. Ihm gilt unser ganzes Mitgefühl und ihm zu helfen ist einfache Menschenpflicht. Auch wir Wiener waren und sind bereit, den Opfern dieses gigantischsten Freiheitskampfes eines Volkes, den die Welt je gesehen hat, zu helfen, wo, wann und so sehr wir nur helfen können. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Aber auch Ereignisse, die ferner liegen und unser Empfinden nicht so stark berühren, haben wirtschaftliche Auswirkungen, die wir beachten müssen. Ein Beispiel hierfür ist die Erhöhung der Schiffsfrachten infolge der Sperre des Suezkanals, die unsere Kohlenbezüge aus dem Ausland so sehr verteuert hat. Gerade die weltpolitische Entwicklung der letzten Zeit zeigt, wie wertvoll es für uns war, mit dem Staatsvertrag unsere Freiheit als neutraler Staat zu sichern. Man braucht sich nur die Gefahren vor-

stellen, die uns jetzt bedrohen würden, wenn nicht nur jenseits sondern auch diesseits des Eisernen Vorhanges noch russische Truppen stünden, um die Bedeutung des Staatsvertrages zu verstehen. Dieser Erfolg, den wir noch zur rechten Zeit errungen haben, ist zum wesentlichen Teil der Eintracht unseres Volkes zu verdanken und er sollte uns auch weiterhin als Lehre dafür dienen, daß die Eintracht im Inneren der beste Schutz gegen Anfeindungen von außen ist.

Neben den Ereignissen die außerhalb Österreichs vor sich gehen stellt uns auch der Gang der Dinge im eigenen Land vor neue Entschlüsse. Die vergangenen Jahre waren durch einen raschen Aufstieg unserer Wirtschaft gekennzeichnet. Dieser Aufstieg hat sich seit einiger Zeit wesentlich verlangsamt. So ist die industrielle Produktion noch im Durchschnitt des Jahres 1955 gegen 1954 um 31.6 Prozent gestiegen, heuer aber nur mehr um 3.9 Prozent. Die Produktivität, die 1955 noch um 11 Prozent gestiegen ist, ist heuer bereits um ein Prozent gegen das Vorjahr zurückgegangen. Weniger Überstunden und Arbeitseinschränkungen in einzelnen Industriezweigen dürften die Ursache hierfür sein. Die Verlangsamung der Produktionszunahme ist aber keineswegs ein beunruhigendes Zeichen, denn wir haben trotzdem die Vollbeschäftigung zumindest in der günstigen Jahreszeit erhalten können und diese Vollbeschäftigung ist ja mitschuldig an der Verlangsamung der Entwicklung. Als ich vor einem Jahre die Zahl der Beschäftigten verglichen habe, konnte ich feststellen, daß sie von 1,337.000 Arbeitern und Angestellten im Jahre 1937 bereits auf 2,1 Millionen im Jahre 1955 gestiegen ist. Die Steigerung hat sich seither noch fortgesetzt und im August d.J. hat die Zahl der Beschäftigten die Rekordziffer von 2,2 Millionen erreicht. Wir können annehmen, daß nunmehr alle verfügbaren voll Arbeitsfähigen bereits in den Arbeitsprozeß eingesetzt sind. Ein Ansteigen der Produktion kann daher nicht mehr einfach durch Neuaufstellung von Maschinen und durch Aufnahme der zugehörigen Arbeitskräfte erreicht werden. Jetzt kann eine Steigerung im wesentlichen nur durch die technische Fortentwicklung der Anlagen oder durch die Einführung neuer Produktionsverfahren erzielt werden. Das bedarf aber einer längeren Zeit der Vorbereitung und Durchführung und es ist nur natürlich, daß in diesem Stadium der Wirtschaft

die Produktion nicht mehr in dem gleichen Tempo wie vorher erhöht werden kann.

Der Erfolg des Winterarbeitsprogrammes der Gemeinde

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich allerdings in den letzten Monaten, also nach Aufhören der Bau- und Fremdenverkehrssaison, ungünstig entwickelt. So waren Ende November 1955 in Österreich, ohne Wien, also in den übrigen Bundesländern 59.137 Arbeitssuchende vorgemerkt, dagegen Ende November 1956 bereits 76.456, also um 17.319 oder 29 Prozent mehr. Nur in Wien ist die Entwicklung wesentlich günstiger verlaufen. Ende November 1955 waren in Wien 34.386 Arbeitssuchende vorgemerkt, Ende November 1956 aber nur 31.715, also um 2.671 oder um 7.7 Prozent weniger als im Vorjahr. Diese Zahlen zeigen uns, daß wir in Wien imstande waren auch jetzt noch am Beginn der Schlechtwetterperiode die Zahl der Arbeitssuchenden niedriger zu halten als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das ist zweifellos ein Erfolg unseres Winterarbeitsbeschaffungsprogrammes und der von uns eingeführten Methode, die Baustellen zu beheizen. Dadurch ist es möglich, Fach- und Hilfsarbeiter auch noch in Schlechtwetter- und Kälteperioden zu beschäftigen, wenn in anderen Bundesländern jede Außenarbeit bereits eingestellt werden muß.

Die großen Bauvorhaben der öffentlichen Hand zusammen mit den privaten Bauten haben, wie die Rechnungsabschlüsse der Jahre 1954 und 1955 zeigen, dazu geführt, daß die Bauwirtschaft unserer Stadt voll ausgelastet ist. Wir wollen das Ausmaß ihrer Beschäftigung auch im kommenden Jahr nicht absinken lassen. Die Fülle der Aufgaben ist aber so groß, daß wir überlegen müssen, wieviel wir der Bauwirtschaft zumuten können ohne ihre Kräfte zu überspannen. Da während der Sommermonate schon seit Jahren ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften, vor allem an Facharbeitern besteht, werden wir uns weiterhin bemühen müssen, so weit es möglich ist Arbeiten auf die Wintermonate zu verlegen. Bei Förderung unserer Wirtschaft durch möglichst viele Gemeinde-

aufträge werden wir aber auch darauf zu achten haben, daß nicht ohne Zwang Güter bestellt werden, die schon Mangelware sind, um die Nachfrage nach solchen Gütern nicht stärker ansteigen zu lassen. Solange noch unausgenützte Leistungsmöglichkeiten bestanden, also freie Arbeitskräfte und Produktionsmittel zur Verfügung standen, war es leicht, die Produktion der erhöhten Nachfrage anzupassen. In Zeiten der Vollbeschäftigung aber wie jetzt ist diese Aufgabe viel schwerer geworden. Sobald der Verbrauch aber zunimmt und die Produktion nicht mehr entsprechend gesteigert werden kann, ist die Gefahr von Preissteigerungen gegeben. Unser Bemühen muß also auch sein, so weit als dies der Stadtverwaltung möglich ist, diese gefährliche Wechselwirkung zwischen Angebot und Nachfrage nicht zu einer Gefahr für die Stabilität der Preise werden zu lassen. Wir werden daher Aufträge dort zu vermeiden haben, wo kein genügendes Angebot mehr vorliegt, und möglichst jene Wirtschaftszweige stützen müssen, deren Kapazität noch nicht voll ausgenutzt ist. Nur so werden wir die Preisauftriebstendenzen, die in Zeiten einer Hochkonjunktur latent vorhanden sind, in engen Grenzen halten, damit den Lebensstandard unserer Bevölkerung vor einem Rückgang bewahren und jede Gefahr einer Abwertung unserer Währung verhindern können. Unter diesen Voraussetzungen bin ich überzeugt, daß wir die Einnahmen und Ausgabenansätze dieses Budgets, die vorsichtig erstellt sind, werden verwirklichen und damit die Wirtschaft unserer Stadt noch stärker als bisher fördern und die Vollbeschäftigung unserer Arbeiter und Angestellten werden erhalten können.

Annahme des Finanzministeriums unrealistisch

Stadtrat Resch kommt sodann auf die Budgetgrundlagen zu sprechen und stellt fest, daß die Grundlage jeder Budgeterstellung die Schätzung der voraussichtlichen Einnahmen des kommenden Jahres ist. Die Schätzung der eigenen Einnahmen beruht auf dem letzten Ergebnis und einer Steigerung entsprechend einer ruhigen ständigen Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft. Die

Ertragsanteile, also ein volles Drittel unserer Budgeteinnahmen, schätzt jedoch das Finanzministerium. Die Ertragsanteile machen 33.2 Prozent der Gesamteinnahmen des kommenden Jahres aus und werden um 2.8 Prozent höher sein als im heurigen Voranschlag. Dieser Ansatz entspricht nicht den letzten Angaben des Finanzministeriums. Das Finanzministerium hat im August dieses Jahres eine Bruttoertragsanteilssumme von 1.511 Millionen, was einem Nettobetrag von 1.299 Millionen entspricht, angegeben. Dieser Nettobetrag ist um 244 Millionen höher als im heurigen Voranschlag. Diese Steigerung begründet das Finanzministerium hauptsächlich in einer gesteigerten Einnahme der gemeinschaftlichen Bundessteuern. So hat der Bund in seinem ersten Vorschlag eine Steigerung der Umsatzsteuer um 1.240 Millionen gegenüber heuer angenommen. Für Wien allein wurde diese Steigerung mit 170 Millionen Schilling veranschlagt. Ferner nimmt der Bund an, daß die Einnahme an Lohnsteuer um 900 Millionen, in Wien um 130 Millionen, steigt. Bei der Einkommensteuer wirkt sich noch die Steuersenkung 1954 aus. Für Wien wird eine um 37 Millionen Schilling geringere Einkommensteuereinnahme angenommen. Stadtrat Resch stellt fest, daß all diese Annahmen von Seiten des Bundes außerordentlich optimistisch erstellt wurden. Der Ertrag 1956 konnte nur um 65 Millionen gesteigert werden.

Im Oktober hat nun das Finanzministerium neue Zahlen bekanntgegeben. Es hat die Ertragsanteile, die vorher mit 1.511 Millionen angesetzt waren, auf 1.565 Millionen gesteigert. Wenn diese Mehreinnahmen erreicht werden sollen, müßte der Ertrag 1956 um 235 Millionen Schilling überschritten werden. Das wäre mehr als das Dreieinhalbfache. Diese Zahl erschien dem Magistrat unrealistisch und es wurde daher nur die erste Zahl von brutto 1.511 Millionen und netto 1.299 Millionen in das Budget eingesetzt.

Bei den eigenen Abgaben ist die Steigerung, die nach den letzten Einnahmen erstellt wurde, wesentlich geringer als bei den Ertragsanteilen. Die Ertragsanteile sollen 244 Millionen mehr bringen. Die eigenen Abgaben machen 28.7 Prozent der Einnahmen aus und sind gegenüber heuer unverändert. Die Ursache liegt bei der geringeren Steigerung der Lohnsummensteuer gegen die Lohnsteuer. Bei der Lohnsteuer rechnet man für Wien mit Mehreinnahmen von 130 Millionen Schilling, bei der Lohnsummensteuer nur 20 Millionen.

Sonstige wichtige Abgabensteigerungen: die Gewerbesteuer steigt um 80 Millionen, die Getränkesteuer um 15 Millionen, Vergnügungssteuer um 5 Millionen. Die Gewerbesteuer steigt nur wegen Erhöhung des Gewerbeertrages. Die Lohnsummensteuer steigt durch erhöhte Löhne und mehr Beschäftigte. Getränkesteuer und Vergnügungssteuer steigen durch erhöhten Konsum und Preiserhöhungen, wobei vor allem auf die Kinopreise verwiesen wird. Die Gebühren und sonstigen Einnahmen steigen nur um 35 Millionen auf 1.043 Millionen und machen 26.7 Prozent (gegenüber heuer 2.4 Prozent weniger) der Gesamteinnahmen aus. Die Verwaltungsabgaben sinken um eine Million, ebenso die Wegebenützungsgebühr. Die Gebrauchsgebühren bleiben unverändert mit 44 Millionen.

Zum ersten Mal Viermilliarden-Grenze überschritten

Die Gesamteinnahmen werden mit 3.914 Millionen Schilling angenommen, das sind um 448 Millionen mehr als im Voranschlag 1956. Mehr als die Hälfte der Mehreinnahmen stammt aus Ertragsanteilen.

Auch die Ausgaben steigen stark an, und zwar mehr als die Einnahmen. Die Gesamtausgaben werden auf 4.096 Millionen Schilling geschätzt, das sind um 500 Millionen mehr als im Voranschlag 1956 eingesetzt waren. Es wird damit zum ersten Mal die Viermilliarden-Grenze bei den Ausgaben überschritten. Diese Steigerung der Ausgaben erhöht das Defizit um 52 Millionen auf 182 Millionen, das sind 4.4 Prozent des Budgetvolumens. Da dieser Prozentsatz sehr gering ist, kann das Budget als ausgeglichen bezeichnet werden. Die Bedeckung des Defizites wird in Mehreinnahmen oder Minderausgaben, falls nötig in den Rücklagen gefunden werden.

Nur 400 Anstaltsbetten mehr

Die Hauptsteigerung bei den Ausgaben ist im Personalaufwand zu suchen, der um 278 Millionen auf 1.461 Millionen steigt. Das sind 35.6 Prozent der Gesamtausgaben. Die Personalausgaben überflügeln die Ausgaben für das Baugewerbe, die 32.2 Prozent betragen. Die Ursachen dieser Steigerung des Personalaufwandes

liegen in der hundertprozentigen Erfüllung des Gehaltsgesetzes, in der Regelung der Nebenbezüge und in der Vermehrung des Personals um 262 Bedienstete. Die Zahl der Aktiven steigt um 262 auf 32.997. Die Zahl der Pensionisten steigt um 198 auf 14.518. Die Steigerung des Personals ist vor allem in den Altersheimen und Irrenanstalten erfolgt, die 400 Betten mehr zu betreuen haben. Die Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, hat allein gegen 1956 um 225 Bedienstete mehr.

Der laufende Sachaufwand steigt um 79 Millionen auf 1.595 Millionen und macht 39 Prozent des Budgetvolumens aus. Heuer hat er 42.2 Prozent ausgemacht; er mußte wegen der Steigerung des Personalaufwandes herabgedrückt werden.

1.039 Millionen für Investitionen

Die Investitionen und einmaligen Ausgaben einschließlich der Kriegsschadenbehebung steigen um volle 143 Millionen. Darauf haben wir besonderes Gewicht gelegt, weil wir so wie bisher die Arbeitsbeschaffung als das zentrale Problem der Wirtschaft dieser Stadt ansehen. Der Gesamtbetrag für die Investitionen und Kriegsschadenbehebungen macht 1.039 Millionen aus.

Bei diesen einmaligen Ausgaben sind für Bauvorhaben, die noch aus der Vergangenheit stammen, unter anderem 48 Millionen für die Stadthalle und 12 Millionen für das Museum eingesetzt. An neuen Großbauvorhaben sind unter anderem veranschlagt: für den sozialen Wohnungsbau 480 Millionen - womit wieder 5.000 Wohnungen hergestellt werden sollen -, für den Stadionaufbau 14 Millionen, für Schulbauten 30 Millionen usw. Das macht insgesamt mehr als eine Milliarde aus.

Alle diese Vorhaben sind natürlich unter der Annahme in das Budget aufgenommen worden, daß keine neuen Belastungen erfolgen. Diese unsere Annahme hat sich leider schon als unrichtig herausgestellt, denn durch die Novellierung des ASVG haben wir eine wesentliche neue Belastung übernehmen müssen.

Wir haben uns vom Anfang an auf dem Standpunkt gestellt, daß wir die Verbesserung der Altersrenten der Arbeiter und Angestellten hundertprozentig bejahen, aber diese Mehrbelastung nicht allein von den Gemeinden getragen werden kann sondern wenigstens zu einem Teil vom Bund übernommen werden muß. Der Finanzminister hat abgelehnt und lediglich die Erklärung abgegeben, daß er diese Mehrbelastung der Gemeinde anerkennt und bei dem Finanzausgleichsberatungen die Lage der Gemeinden berücksichtigen werde. Wir werden den Herrn Finanzminister bei den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen an diese Zusage erinnern.

Kunstförderung der Gemeinde - beispielgebend für Europa

In Besprechung der einzelnen Verwaltungsgruppen teilt Stadtrat Resch mit, daß die Ausgaben für das Kulturbudget auf 295 Millionen Schilling steigen, welcher Betrag bisher noch nie erreicht wurde. Auch die für Kunst und Volksbildung vorgesehenen 40 Millionen sind ein zuvor noch nie erreichter Betrag. Wie Besucher immer wieder behaupten, ist die Kunstförderung der Stadt Wien beispielgebend für ganz Europa.

Jeder Patient kostet täglich 130 Schilling

Das größte Sorgenkind ist die Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen, die 25.470 Betten - um ungefähr 400 Betten mehr als heuer - betreuen wird. Der Gesamtaufwand dieses Anstaltenamtes steigt um nicht weniger als 150 Millionen auf 846 Millionen. Die Hauptursache der Steigerung liegt natürlich bei einem Amt, das fast 14.000 Angestellte beschäftigt, in der Erhöhung ihrer Bezüge, aber auch zu einem sehr wesentlichen Maße in der Erhöhung des Medikamentenverbrauchs und der Medikamentenkosten. Der Zuschuß, den unser Anstaltenamt im nächsten Jahr aus Steuermitteln benötigen wird, macht die gigantische Summe von 544 Millionen Schilling - gegenüber 407 Millionen, wie wir in diesem Jahr budgetiert haben - aus.

Nur 36 Prozent des Aufwandes der Ausgaben sind durch eigene Einnahmen gedeckt. Ein Patient in unseren Spitalern wird uns im nächsten Jahr 130 S kosten.

Erfreulich ist, daß sich die Krankenkassen nach mehr als ein-
einhalb Jahren dauernden Verhandlungen bereitgefunden haben,
die Verpflegssätze in drei Etappen von derzeit 50 Schilling auf
56 Schilling pro Patient und Tag zu erhöhen. Das macht es auch
möglich, die Verpflegskostensätze der Privatpatienten 3. Klasse
von bisher 58 auf 70 Schilling zu erhöhen, was eine große Be-
deutung auch wegen der Berechnung des Zuschusses des Bundes zu
den Krankenanstaltskosten hat. Die Mehreinnahmen aus dieser
Änderung der Verpflegskostensätze werden im nächsten Jahr 15 bis
20 Millionen, also höchstens 10 bis 13 Prozent des Mehraufwandes
von 150 Millionen ausmachen, sodaß es nur ein Tropfen auf den
heißen Stein dieses Defizits ist.

Streit über Bettenzahl hat Bau des neuen A.K. verzögert

Bezüglich des Allgemeinen Krankenhauses haben wir mit dem
Bund schon lange eine Vereinbarung auf Teilung der Kosten zum
Wiederaufbau im Verhältnis 50 zu 50 erzielt. Strittig war bis vor
kurzem noch, wie viele klinische Betten das neue Allgemeine
Krankenhaus haben soll. Die Medizinische Fakultät hat 3.000
klinische Betten verlangt, der Finanzminister wollte nur 2.000
zugestehen. Nunmehr soll sich der Finanzminister mit 2.500 klini-
schen Betten einverstanden erklärt haben. Dieser Streit über die
Anzahl der klinischen Betten hat den Neubau verzögert, weil der
Bund nur bereit ist, die Hälfte der Baukosten für die klinischen
Betten zu übernehmen. Für den Umbau des Allgemeinen Krankenhauses
ist im Budget 1957 eine Million eingestellt, Wir hoffen, daß der
Bund den gleichen Betrag zur Verfügung stellt, sodaß zwei Millio-
nen Schilling für den Beginn der Projektarbeiten zur Verfügung
stehen.

Bei der Wohnhäuserverwaltung macht der reine Betriebs-
abgang - das ist ohne Abschreibung und ohne Investitionen - 17.5
Millionen aus und steigt somit neuerlich mit 6.5 Millionen. Ich
hoffe, daß das die letzte Anstrengung zur Nachholung des versäumten
Erhaltungsbedarfes aus der Zeit der faschistischen Herrschaft ist
und daß wir dann endlich dazu kommen, daß wenigstens die Erhaltung
der Häuser zur Gänze von den Mietern dieser Häuser erfolgen wird.

Das Budget ist, wie es dem Gesetz entspricht, acht Tage aufgelegt. Neun Gemeindemitglieder haben von dem Recht der Einsichtnahme in das Budget Gebrauch gemacht, insgesamt nur zwei haben Erinnerungen abgegeben.

Abschließend führt Stadtrat Rosch aus: Infolge der optimistischen Erwartungen des Bundes über die Entwicklung der gemeinschaftlichen Bundessteuern war es auch heuer wieder möglich, ein Budget zu erstellen, das die Wünsche aller Verwaltungszweige weitgehend erfüllt und für die Wirtschaft unserer Stadt noch mehr Gemeindeaufträge bringen wird als heuer; und all dies wieder ohne die Inanspruchnahme fremden Kapitals. Nur im Falle der Wiener Verkehrsbetriebe werden wir voraussichtlich gezwungen sein, die Zeit bis zur endgültigen Sanierung dieser durch die Gehaltserhöhungen schwer getroffenen Betriebe durch einen Kredit zu überbrücken.

Ich wiederhole dabei meine oftmals abgegebene Erklärung, daß ich Kredite keinswegs grundsätzlich ablehne, wenn ich auch zugebe, daß für mich bei den derzeitigen hohen Zinssätzen Kredite nur als letztes Auskunftsmittel in Frage kommen. Für einen Kredit in ungefähr 25 Jahren den doppelten Betrag zurückzahlen müssen, ist mir für die Wiener Bevölkerung einfach zu teuer. Ich halte die jetzigen teuren Kredite daher nur für vertretbar, wenn es sich entweder um große Vorhaben der Stadt handelt, die auch noch späteren Generationen zugute kommen und deren hohe Kosten man daher nicht nur einer Generation auflasten kann, oder wenn es sich um produktive Investitionen handelt, die die laufenden Betriebskosten nicht erhöhen. Für die Hoheitsverwaltung werden nur Kredite für Vorhaben in Frage kommen, die nicht imstande sein werden, ihre Annuitäten aus eigenen Mehreinnahmen oder Minderausgaben zu decken. Ich denke hier etwa an den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses oder an Verkehrseinrichtungen. Auch wird die Stadt Wien keineswegs damit rechnen können, daß ihr Inlandsmarkt sehr bald für große Vorhaben erschlossen wird. Aber auch der Kapitalmarkt des Auslandes ist nach aller Erfahrung der letzten Jahre noch nicht bereit, an Gebietskörperschaften des Auslandes nennenswerte Kredite zu geben. Wir werden selbstverständlich die Entwicklung auf den Kapitalmärkten weiterhin aufmerksam verfolgen, und wenn Kredite notwendig werden

sollten, alle Möglichkeiten hierfür voll ausnützen. Wenn es uns aber weiterhin gelingen sollte, die Vollbeschäftigung in unserer Stadt zu erhalten und unsere Probleme und Aufgaben zu lösen, ohne Kredite in Anspruch nehmen zu müssen, dann werden wir die uns von der Bevölkerung zur Verfügung gestellten Mittel am besten verwendet haben.

Die Generaldebatte

Als erster Redner in der Budgetdebatte betonte Gr. Lauscher (VO), daß heute niemand mehr daran zweifeln könne, daß dank des österreichischen Neutralitätsstatus ernste Gefahren von unserem Lande abgewehrt werden konnten. Zu den Ereignissen in Ungarn sagte der Redner: In Ungarn sind ernste Fehler in der Leitung des Staates geschehen, die zu berechtigter Unzufriedenheit breiter Massen des Volkes Anlaß gaben. Wir bedauern und verurteilen diese Fehler rückhaltlos. Man darf aber auch die Augen nicht davor verschließen, daß die seinerzeit gestürzten Kräfte der Kapitalisten und Großgrundbesitzer nie aufgehört haben, mit aller Kraft eine Wiederherstellung der alten Ordnung herbeizuführen, und daß auch die kapitalistischen Kreise des Westens seit Jahren die Bestrebungen unterstützten, in Ungarn die Kräfte der Konterrevolution an die Macht zu bringen. In diesem Zusammenhang ist das Eingreifen der Sowjettruppen zu verstehen, das auf Grund des Warschauer Vertrages erfolgte. Ein Sieg der reaktionären Kräfte in Ungarn hätte die Gefahr eines dritten Weltkrieges heraufbeschwören. Wir dürfen aus den ungarischen Ereignissen nicht die verhängnisvolle Schlußfolgerung ziehen, statt eine Politik der Verständigung und Entspannung fortzusetzen, zum Kalten Krieg zurückzukehren und die Militärblocks auszubauen. Wir stimmen daher Stadtrat Resch voll zu, daß eine ruhige Weiterentwicklung auch für die Stadt Wien von entscheidender Bedeutung ist. Der Gemeinderat müßte es als seine vornehmste Pflicht betrachten, gegen alles entschieden anzukämpfen, was unsere Unabhängigkeit und Neutralität gefährdet.

Die Finanzpolitik des Bundes benachteiligt Wien auf das schwerste und läuft praktisch auf eine finanzielle Unterhöhnung unserer Stadt hinaus. Unter dem Titel eines Notopfers nimmt der Bund der Stadt Wien jährlich 200 Millionen Schilling weg. Der Bund entzieht sich weiter der Verpflichtung, seinen Beitrag zur Erhaltung der Wiener Spitäler zu leisten. Vom Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer, der für die Straßenerhaltung dienen soll, erhält Wien keinen Groschen.

Den Wienern fehlen vor allem zehntausende Wohnungen, es fehlen moderne öffentliche Verkehrsmittel, es mangelt an Horten und Heimschulen. Der Mieterschutz, der durch viele Neuregelungen bereits stark abgebaut wurde, müßte nicht nur wieder voll hergestellt, sondern noch erweitert werden. Bei aller Würdigung des sozialen Wohnhausbaues ist das, was die Gemeinde heute baut, noch viel zu wenig. Wien braucht ein wirksames Wohnungsanforderungsgesetz, denn das Gesetz über die Vermietung freier Wohnungen ist eine schwere Enttäuschung und bringt eine weitere Durchlöcherung des Mieterschutzes durch die Einführung des Neuvermietungs-zuschlages.

Im Verkehrswesen wäre es dringend erforderlich, mehr Straßenbahnzüge während der Verkehrsspitzen einzustellen, den Fahrpark zu erneuern und neue Autobuslinien in Betrieb zu nehmen. Durch die Schaffung eines zweiten Stadtbahnringes könnte eine weitere Schnellverbindung hergestellt werden. Die Tarifpolitik der Verkehrsbetriebe bedarf einer Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte. Dies könnte einerseits durch die Realisierung eines Einheitstarifes für alle städtischen Verkehrsmittel und andererseits durch die Einführung eines verbilligten Kurzstreckentarifes erfolgen.

Der Redner verlangte weiter eine verstärkte Krebsbekämpfung, die kostenlose Impfung gegen die Kinderlähmung, öffentliche Lehrwerkstätten der Gemeinde Wien, den Bau neuer Mittelschulen und eine großzügige Sportförderung.

Auch im abgelaufenen Jahr hat Wien auf verschiedenen Gebieten

Positives geleistet, was wir anerkennen. In unserer Haltung zum Budget lassen wir uns nur von sachlichen Gesichtspunkten leiten, wobei wir die Interessen Wiens und seiner arbeitenden Menschen zur Grundlage unserer Beurteilung nehmen. Vieles muß noch geschehen. Die Bevölkerung erwartet, daß der Gemeinderat alles tut, um ihr Leben zu erleichtern, um es angenehmer und schöner zu machen. Vor allem aber wünschen die Wiener die Erhaltung des Friedens, die Fortdauer der wirtschaftlichen Konjunktur und eine weitere Hebung ihres Lebensstandards.

GR.Dr. Wollinger (ÖVP) erklärte: Der Wiener Gemeinderat hat die verantwortungsvolle Aufgabe, in budgetärer Hinsicht Vorsorge zu treffen, daß alle lebenswichtigen Bedürfnisse dieser Stadt im kommenden Jahr Berücksichtigung finden können. Er hat die verantwortungsvolle Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Steuermittel der Wiener Bevölkerung sinnvoll und wohldosiert Verwendung finden. Die ÖVP verleiht der ehrlichen Überzeugung Ausdruck, daß die weltpolitische Situation und die Entwicklung jenseits unserer östlichen Landesgrenzen es einfach nicht zulassen, daß die beiden großen politischen Parteien engstirnigem vermeintlichem Parteiinteresse sich allzusehr von der Gefahr abwenden, welche noch immer der jungen Pflanze unserer wiedergewonnenen Freiheit und Souveränität droht. In diesem Sinne bekennt sich meine Fraktion aufs neue zu einer demokratischen Zusammenarbeit und Koalition auch in der Verwaltung der Bundeshauptstadt, denn wir bekennen uns damit auch feierlich und leidenschaftlich zu unserer geliebten Vaterstadt Wien, zu ihrer Blüte, zu einer gemeinsamen Arbeit im Interesse dieser Stadt. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Redner beschäftigt sich mit dem Ergebnis der letzten Nationalratswahl und meint in diesem Zusammenhang, man hätte von der Mehrheitsfraktion des Hauses erwartet, daß sie in echter demokratischer Gesinnung wenigstens teilweise den geänderten Verhältnissen Rechnung tragen würde. Dies war jedoch leider nicht der Fall. Die intolerante Haltung der Sozialisten im Wiener Rathaus bestehe heute noch.

Die ÖVP bedauere dies aufrichtig, weil dadurch der Demokratie ein schlechter Dienst erwiesen wird und die Koalition überflüssigen Belastungsproben ausgesetzt ist.

Der Redner behandelt dann einige, wie er sagt "neuralgische Punkte" in der Wiener Stadtverwaltung. Er fordert eine Änderung der Wiener Verfassung, die er als undemokratisch bezeichnet. Sie stamme aus einer Zeit, in der die damaligen Sozialdemokraten allein im Rathaus regierten. Diese Verfassung räumt dem Stadtoberhaupt fast diktatorische Vollmachten ein, entrechtet jeden Amtsführenden Stadtrat, bürdet ihm aber andererseits die ganze Verantwortung auf. Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen zum Beispiel habe nicht einmal die Möglichkeit, eine Reinigungsfrau einzustellen. Dafür ist der Personal-Stadtrat zuständig. Über den Sachaufwand wiederum bestimmt der Finanzreferent. Dr. Wollinger betont, daß nur der eine Verantwortung tragen könne, der auch vollkommene Handlungsfreiheit besitzt.

Die ÖVP verlangt in diesem Haus nicht mehr Einfluß als es dem Willen der Wähler entspricht, fuhr der Redner fort. Warum widersetzt sich die Mehrheitsfraktion dem Willen der Wähler und gewährt der ÖVP nicht das entsprechende Mitspracherecht? Er verlangt nachdrücklich eine Demokratisierung der Wiener Verfassung und vernünftige Reformen der Verwaltung der Stadt Wien. Die ÖVP beabsichtige keinesfalls sich auf eine negative Kritik zu beschränken und ist bereit mitzuarbeiten und positive Vorschläge in dieser Frage zu machen.

Zum Wohnungsproblem bemerkt Dr. Wollinger, daß in Wien noch immer 100.000 Wohnungseinheiten fehlen. Es müssen also zusätzliche Wege beschritten werden und neue Maßnahmen im Wohnungsbau getroffen werden. Man müsse den sozialen Wohnungsbau selbstverständlich fortsetzen. Die Stadtverwaltung muß aber auch dem privaten und dem genossenschaftlichen Wohnungsbau besonderes Augenmerk zuwenden. Der Redner wirft auch die Frage auf, ob die aus Steuermitteln gebauten Wohnungen weiterhin völlig unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Zahl derer, die bereit sind, für Wohnraum Eigenmittel zur Verfügung zu stellen, sei nicht so gering. Man könnte zweierlei erreichen, die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum und außerdem werden die Mittel der Allgemeinheit nur den

sozial Bedürftigsten zugute kommen.

Bei der Wohnungsvergebung kritisiert Dr. Wollinger, daß der zuständige Ausschuß mit dieser Frage überhaupt nicht beschäftigt wird. Er verlangt, daß die Vergebung ausschließlich nach dem Grad der Bedürftigkeit erfolgen solle und regt in diesem Zusammenhang die Einsetzung von unpolitischen Kommissionen an.

Auch auf dem Gebiete der Personalpolitik müßte objektiver vorgegangen und nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten gehandelt werden. Es müsse das gleiche Recht für alle Bürger dieser Stadt gelten. Die Österreichische Volkspartei werde nicht müde werden, für die Freiheit aller Bewohner dieser Stadt einzutreten. Das gleiche gilt für die Vergebung der Wohnungen. Der Redner kommt sodann auf die Wiener Verkehrsverhältnisse zu sprechen. Er verweist auf von seiner Fraktion bereits wiederholt gemachte Vorschläge zur Lösung der Verkehrsmisere, denen jedoch bis jetzt nicht entsprochen wurde. Er erhebt die Forderung nach Schaffung einer Verkehrsplanungskommission, nach Erstellung eines Generalverkehrsplanes, die Planung und Inangriffnahme der U-Bahn und Schaffung von Schnellverkehrsstraßen. Der Stand an Kraftfahrzeugen ist in Wien bis 1. Dezember bereits auf 168.106 gestiegen. Der Tag, an dem das 200.000. Motorfahrzeug in Wien registriert wird, wird also nicht mehr fern sein. Die Situation auf diesem Gebiet ist wirklich ernst.

Eine wiederholte Forderung seiner Fraktion anläßlich jeder Budgetdebatte war die Notwendigkeit einer Änderung der Finanzpolitik der Gemeinde Wien. Er könne sich der Ansicht von Stadtrat Resch, daß die Zeit für ausländische Kredite noch nicht gekommen ist, nicht anschließen. Es sei vielmehr das Gegenteil der Fall; es ist zu spät für solche Kredite. Heute allerdings ist der Kapitalüberhang zum Großteil abgeschöpft. Vor einigen Jahren wäre es leicht gewesen ausländische Kredite zu bekommen. (Zwischenruf SPÖ: Sie vergessen, daß wir besetzt waren!) Große, einmalige Investitionen, die mehreren Generationen zugute kommen, müßten finanziell gleichfalls auf mehrere Generationen aufgeteilt werden.

Zu der Ansicht des Referenten, daß die Annahmen des Finanzministers zu optimistisch wären, braucht nur auf die Erfolgswerte der vergangenen Jahre verwiesen werden. Sie haben immer den Optimismus des Finanzministers voll und ganz bestätigt. (Beifall bei der ÖVP.) Auch 1956 hatten wir höhere Gemeindesteuern als angenommen wurde. Bis 30. September haben die Überschreitungen auf der Einnahmenseite 125 Millionen Schilling betragen. Wenn man diesen 125 Millionen noch für das letzte Quartal einen entsprechend hohen Anteil hinzurechnet, kommt man auf 165 Millionen Schilling. Die vorliegenden Ansätze aber, sehen zwar erhöhte Einnahmen dieser Steuern vor, doch nur von 125 Millionen.

Die ÖVP begrüße auch die stärkere Dotierung des Hafenausbaues. Die internationale Bedeutung Wiens erfordert einen großzügigen Ausbau des Wiener Hafens ebenso wie **in der Zukunft** dem Flughafen große Bedeutung zukommen wird. Dies ist viel wichtiger als die fortgesetzten Grundankäufe, die in der Bevölkerung nicht wenig kritisiert werden. Der reine Baugrund geht weit über das hinaus, was die Stadt Wien in den nächsten Jahren zu verbauen in der Lage ist. Immerhin wurden in den letzten zehn Jahren 210 Millionen Schilling für Grundkäufe ausgegeben.

Der Redner vermißt im Voranschlag die so dringend notwendigen Mittel für familienfördernde Maßnahmen. Er verlangt Ehestandsdarlehen, bevorzugte Wohnraumzuweisung für junge Ehepaare, den Bau familiengerechter Wohnungen und Ermäßigung verschiedener Gebühren und Tarife für kinderreiche Familien. (Beifall bei der ÖVP.)

Er fürchte, so fuhr DR. Dr. Wollinger fort, daß der Referent diese sachlichen Einwände in etwas weniger sachlicher Weise beantworten wird, wie es Stadtrat Resch heute schon einmal getan habe. Der Referent hat anerkannt, daß die Ausführungen von DR. Dr. Fiedler sachlich waren; dennoch hatte er sich eines witzelnden schulmeisterlichen Tones nicht enthalten können. In der Berichterstattung ist Stadtrat Resch immer objektiv. Bei der Beantwortung von objektiven Einwänden glaubt er jedoch den Schul-

meister spielen zu müssen.

Das bevorstehende Hochfest der Christenheit steht heuer ganz unter dem Eindruck des furchtbaren Unglücks, das unserem ungarischen Nachbarvolk widerfahren ist. Wir wollen und müssen auch in dieser Stunde der Tatsache gedenken, daß Österreichs Freiheit von den beiden Regierungsparteien gemeinsam errungen und gesichert worden ist. Wir müssen auch weiterhin auf der Hut sein vor jenen Hyänen, die auch bei uns die Freiheit vernichten wollen. Das sicherste Abwehrmittel aber heißt Toleranz und wirkliche demokratische Zusammenarbeit. Die ÖVP wird es an Bereitschaft nicht fehlen lassen mit ihrer ganzen Kraft mitzuwirken, um die Mission unserer geliebten Stadt Wien als Zentrum der Kultur und Wissenschaft und als Bollwerk westlicher Zivilisation zu erfüllen. Die ÖVP dankt der gesamten Wiener Bevölkerung für ihre spontane Dokumentation der Menschlichkeit. Sie dankt aber auch der Bevölkerung von Wien dafür, daß sie die Mittel aufbringt, die die Stadt zur Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben benötigt. (Beifall bei der ÖVP.) Zum Schluß dankte der Redner auch den Bediensteten der Stadt Wien und gab die Erklärung ab, daß seine Fraktion die Zustimmung zum Budget 1957 geben werde. (Beifall bei der ÖVP.)

Als zweiter Debattenredner der VO hat sich GR.Dr. Soswinski zu Wort gemeldet. Er fordert erneut die Einführung von Luxussteuern in Wien. Der Redner stellt die Frage, mit welchem Recht der Finanzminister verlangt, daß die Gemeinde unnötige Lasten tragen soll, obwohl er selbst nicht alle Steuermöglichkeiten ausnützt. Eine Luxussteuer werde niemanden, der es sich leisten kann, hindern, die gewünschten Waren zu kaufen, gleichzeitig aber würden dadurch die Bankkonten der Kapitalisten kleiner und die Investitionsmittel größer. Er kritisierte, daß der Städtebund, der doch in Wien federführend ist, in der Frage der Luxussteuer bisher nichts unternommen hat. Zur Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen, erklärte der Redner, daß die Kommunisten seit Jahren für die Stadtwerke die Befreiung von den Gebrauchs- und Wegbenützungsgebühren, das sind für 1957 54 Millionen Schilling, fordern. Er verlangte daher in einem Antrag, die Gemeinde Wien soll für das kommende Finanzjahr den Stadtwerken einen unverzinslichen Kredit in derselben Höhe einräumen. ./.

Zur Debatte über eventuelle Auslandskredite sei zu bemerken, daß kein vernünftiger Mensch grundsätzlich dagegen sein könnte, weil nicht eine Generation den Wiederaufbau und den Neubau in einer kriegszerstörten Stadt tragen kann. Bedingung sei, daß das Ausland auf die Tarifbildung keinen Einfluß haben darf, denn Österreich ist kein Kolonialland, in dem man sein Geld innerhalb weniger Jahre vervielfältigen kann. Da die Finanzpolitik der Stadt Wien keine Interessenpolitik für die Arbeiterklasse sei, werde seine Fraktion den Voranschlag ablehnen.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) begrüßte die Loyalitätserklärung der ÖVP zur Politik der Zusammenarbeit im Rathaus. Wenn allerdings in diesem Zusammenhang auf einen Stimmengewinn der ÖVP in Wien bei den letzten Wahlen hingewiesen wurde, so hat man dabei vergessen, daß dieser nur möglich war, weil die SPÖ die Lasten und Unannehmlichkeiten des Wiederaufbaues durch Jahre allein getragen hat. Seine Fraktion werde sich die Erklärung der ÖVP merken und die Haltung des Koalitionspartners beobachten und kontrollieren; man wird die ÖVP immer darauf aufmerksam machen, wenn sie die Basis dieser Erklärung verläßt.

Ein umfassender Überblick über den Wiederaufbau in Wien sei nur möglich, wenn man die heutigen Verhältnisse mit denen von 1945 vergleicht. Schon neun Jahre nach der großen Katastrophe, im Jahre 1954, konnte man der Welt den Entschluß bekanntgeben, daß die Stadtverwaltung gewillt ist, Wien auf das Niveau einer modernen Weltstadt zu heben. Diese Erklärung ist der beste Beweis für das Leistungsvermögen und den Aufbauwillen der Wiener Bevölkerung.

Es kann mit Stolz auf die Feststellung des Obersten Rechnungshofes verwiesen werden, daß die Rechnungsergebnisse 1953 und 1954 das Bild einer geordneten und vorsorglichen Finanzwirtschaft ergeben. (Beifall bei SPÖ.) Der Redner spricht den Wunsch aus, die Wiener Bevölkerung über das Geleistete ausreichend zu informieren. Die schweren Aufgaben einer Stadtverwaltung können nur dann erfüllt werden, wenn bei der Bevölkerung Verständnis gefunden wird. Aus diesem Grunde ist der Aufruf des Stadtarchivs an die Bevölkerung, Tatsachenmaterial und Urkunden aus dem Jahre 1945 gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen, sehr zu begrüßen. Es wurden im Budget in großzügiger Weise auch Mittel hierfür bereitgestellt.

Der Redner kommt sodann auf die Ereignisse in unserem Nachbarland zu sprechen; das Elend dieser Menschen, das einem täglich in den Straßen Wiens begegnet, zwingt dazu. Da hervorragendste Merkmal dieser Erhebung ist, daß gerade die Jugend die Führerin des Aufstandes ist. Die Geschichte hat hier ein hartes Urteil gesprochen, denn es kann für ein politisches System kein härteres Urteil geben, als gezwungen zu sein, sein eigenes System mit Panzern niederwalzen zu müssen. Diese Ereignisse haben auch in der österreichischen Bevölkerung tiefe Anteilnahme gefunden, aber auch ein großes Gefühl der Dankbarkeit dafür, daß wir solche Tage Österreich und Wien ersparen konnten. In diesem Zusammenhang sollen auch einige Worte zum Staatsvertrag gesprochen werden. Es war ein Erfolg der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien, daß die Atmosphäre geschaffen wurde, in der Österreich endlich wieder seine Souveränität erhielt. Es ist den österreichischen Arbeitern und Angestellten zu danken, die dem organisierten Terror, so vor allem im Jahre 1950, mutig und entschlossen die Stirne boten. Sie haben sich nicht betören lassen und sind treu zu Österreich und zu der erhofften Souveränität gestanden. So ergießt sich jetzt ein Flüchtlingsstrom nach Österreich. Österreich und Wien werden im Namen der Menschlichkeit die Hilfe geben, die gegeben werden kann. Auf Wiener Boden befinden sich derzeit 29.000 Flüchtlinge, die in Lagern betreut werden. Die wirklich großen Leistungen der Stadtverwaltung und des zuständigen Stadtrates müssen anerkannt werden. Es wird jede Hilfe geboten werden, zu deren Leistung die Stadt in der Lage ist.

Zum Budget selbst stellt der Redner fest, daß sich bei einer Gegenüberstellung der Voranschläge der drei letzten Jahre eine Erhöhung der Einkommen- und auch der Ausgabenansätze um rund eine Milliarde Schilling ergebe. Es ist zu hoffen, daß die Ausgaben-seite in Ordnung gehalten werden kann, weil damit die Erhaltung der Vollbeschäftigung zusammenhängt. Der Staat, die Länder und die Gemeinden sind zu einem richtunggebenden Faktor im Wirtschafts- und Erwerbsleben geworden. Nur die großzügige Investitionspolitik der öffentlichen Hand sichert auf die Dauer die Wirtschaftskonjunktur. Darauf wurde wiederholt von den Sozialisten hingewiesen. Der Voranschlag 1957 ist ein glänzender Beweis sozialistischer

Wirtschaftsauffassung. Das Viermilliardenbudget ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine vorsichtig kalkulierte Vorausfinanzierung der österreichischen und der Wiener Wirtschaft. Allein 1.319 Millionen Schilling sind für das Bau- und Baunebengewerbe präliminiert. Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, welche große Bedeutung diese Investitionspolitik der Gemeinde Wien für das Gewerbe besitzt. Ohne diese Investitionspolitik wäre das Bau- und Baunebengewerbe zu einer kümmerlichen Existenz verurteilt.

Zur Abgabenteilung stellt der Redner fest, daß Wien die einzige Körperschaft ist, für die eine Höchstgrenze bei der Zuteilung der bundesgemeinschaftlichen Abgaben existiert. Aus der Abgabenteilung verliert Wien daher jährlich 534 Millionen Schilling von den von der Wiener Bevölkerung aufgebrauchten Steuermitteln. Allein Niederösterreich erhält davon 220 Millionen.

Wien ist der größte Wirtschaftskörper Österreichs. Man müßte annehmen, daß die Bundespolitik Interesse daran hat, einen starken Wirtschaftskörper in Wien zu erhalten, denn die wirtschaftlichen Kraftströme, die von Wien ausgehen, beeinflussen wesentlich die Wirtschaft in den Ländern und Gemeinden. Der Redner richtete daher die Aufforderung an die Vertreter der ÖVP, sie mögen in den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen die wohlberechtigtesten Interessen Wiens mit den Sozialisten vertreten.

Mit Genugtuung stellte der Redner fest, daß der Personalaufwand eine Erhöhung von 23.5 Prozent erfahren hat und die Personalangabe - das Verhältnis von Gesamtausgaben und Personalaufwand - von 33.5 Prozent auf 36.1 Prozent erhöht wird. Damit ist eine Erhöhung des Lebensstandards der städtischen Bediensteten verbunden, die letzten Endes der Wiener und der österreichischen Wirtschaft zugute kommt.

Mit Besorgnis müsse man jedoch die Entwicklung der Bundesfinanzen verfolgen. Trotz der herrschenden Prosperität in Österreich gelingt es dem Finanzminister nicht entsprechende Reserven anzulegen. Der städtische Finanzreferent verfolgt dagegen mit Recht den Grundsatz, daß bei einer geordneten Finanzwirtschaft die Rücklagen mit der Höhe der Investitionen in einen gesunden und natürlichen Verhältnis stehen müssen. Stadtrat Resch hat die Gemeinde Wien von einer unangenehmen Lage bewahrt, die jetzt bei

der vollen Erfüllung des Gehaltsgesetzes beim Bund eingetreten ist.

Zu den Mehrausgaben im Kapitel Kultur und Schulverwaltung von 74 Millionen Schilling sagt der Redner, dies stelle ein Bekenntnis der Stadtverwaltung zu dem Willen dar, Wien wieder seiner Berufung gemäß zum kulturellen und geistigen Zentrum zu machen. Die Wiener Festwochen zum Beispiel üben eine große Anziehungskraft auf das internationale Publikum aus. Auch die internationale Wiener Messe trägt zur internationalen Bedeutung Wiens im großen Maße bei.

Mit Sorge müsse man die Ausführungen des Referenten über die finanzielle Gebarung bei den Anstalten hören. Es bedeutet eine schwere finanzielle Belastung, wenn die Gemeinde Wien einen Zuschuß von 544 Millionen Schilling leisten muß. Der Redner nimmt dann auf eine Äußerung des Vizebürgermeisters Weinberger Bezug, die er bei einer Tagung des ÖAAB gemacht hat: "Auch der demokratische Sozialismus ist eine Irrlehre, weil er auf dem Materialismus fußt..." Diese Feststellung dürfe nicht unwidersprochen bleiben. Der Redner erinnerte daran, daß in der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Arbeiter und Angestellten beginnen mußten, um die Grundrechte ihrer menschlichen Existenz zu kämpfen. Diesem Kampf unserer Väter verdanken wir es, daß wir heute auf demokratischem Boden an der Verwaltung unserer Stadt und unseres Staates teilnehmen können.

GR. Dr. Bohmann erklärte, die Welt sehe heute im demokratischen Sozialismus die einzige Möglichkeit/^{sich} vor einem schauerlichen Untergang zu bewahren. Die sozialen Lasten eines Gemeinwesens werden auch weiterhin ansteigen, weil dies in der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates begründet ist. Aufgabe der Verwaltung sei es, für eine gerechte Aufteilung zu sorgen. Er begrüßte es, daß nun endlich ein Krankenanstaltengesetz in Kraft tritt, das den Gemeinden schwere finanzielle Lasten abnimmt und das Defizit zwischen Stadt, Land und Gemeinde nach einem gerechten Schlüssel aufteilt.

./.

Es sei zu begrüßen, daß ein Drittel der Gesamtausgaben des Voranschlages für das Bau- und Wohnungswesen vorgesehen ist. Damit können neue Projekte wie das Allgemeine Krankenhaus, der Ausbau des Südtiroler Platzes usw. verwirklicht werden. Wenn im Vorjahre von einem ÖVP-Sprecher behauptet wurde, dem Voranschlag der Stadt Wien fehle der große Wurf, so muß dazu gesagt werden, der große Wurf ist in der systematischen Vollendung der Aufbauarbeit zu finden.

Zum Straßenbau erklärte der Redner, daß in den letzten Jahren acht Millionen Quadratmeter Straßen neu gebaut oder grundlegend modernisiert wurden. Das ist ein Drittel des Gesamtstraßennetzes der Stadt. In ganz Österreich gibt es zur Zeit 8.000 Kilometer Bundesstraßen, davon entfallen aber nur 15 Kilometer auf das Wiener Stadtgebiet. Dieses Mißverhältnis bedeutet geradezu eine Beleidigung Wiens als Bundesland. Eine Novellierung des Bundesstraßengesetzes sei daher dringend notwendig.

Ein besonders rühmenswertes Kapitel sei das Wohnungswesen. Mit den vorgesehenen Mitteln wird es möglich sein, 5.000 neue Wohnungen im sozialen Wohnungsbau und 3.000 durch Förderungsbeiträge zu bauen. Seitdem Sozialisten in Wien regieren, wurden 120.000 neue Wohnungen - 60.000 seit 1945 - gebaut. Trotzdem fehlt es noch immer an Wohnraum. Diese Tatsache hat ihren Grund in der Umwälzung der Einstellung zum Wohnungsstandard. Die Zuweisung von Gemeindewohnungen erfolgt ausschließlich unter den Gesichtspunkten der Bedürftigkeit. Der ÖVP gehe es aber nicht darum, die Wohnungen nach der Bedürftigkeit, sondern nach dem Parteiproporz zu vergeben. Es widerspreche der Absicht des Gesetzgebers, wenn öffentliche Mittel für den Wohnungsbau ohne Bedacht auf die wirkliche Bedürftigkeit des Wohnungswerbers vergeben werden. Das geschieht aber beim Wohnungseigentum, wie es von der ÖVP gehandhabt wird. Auch die Volkspartei wird die Wandlung des historischen Eigentumsbegriffes zur Kenntnis nehmen müssen. Abschließend erklärte der Redner: Der Voranschlag 1957

hält, was die SPÖ bei den letzten Wahlen den Wählern versprochen hat.

Stadtrat Resch gehandelte im Schlußwort verschiedene Einwände der Debattenredner. Zum Vorwurf Dr. Wollingers, daß manche Geschäftsstücke vom Bürgermeister auf Grund diktatorischer Vollmachten erledigt werden, sei zu erwähnen, daß in einer Gemeindeverwaltung sehr oft unaufschiebbare Probleme rasch erledigt werden müssen. Zwischen den Parteien bestehe ein Übereinkommen, daß kein leitender Beamter ohne Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates ernannt werden darf. Vorwürfe in dieser Richtung entbehren daher jeder Grundlage.

Der Einfluß des Finanzreferenten auf die Städtischen Unternehmungen beschränkte sich auf die Aufsicht der Erstellung des Budgets und darauf, daß sich Investitionen im Rahmen des Vorschlages halten. Betriebsausgaben werden von den Direktionen dem Bedürfnis angepaßt. Zu den für die Vergebung von Wohnungen geforderten Kommissionen sei zu sagen, daß es ungerecht ist, wenn man verlangt, daß der eine die Verantwortung für die Finanzierung trägt, andere aber das Recht der Wohnungsvergebung haben sollen. Auch der genossenschaftliche Wohnungsbau soll gefördert werden, doch muß dabei die Bedürftigkeit des Bewerbers ausschlaggebend sein. Beim Wohnungseigentum, wie es von Nationalrat Prinke gehandhabt wird, werden öffentliche Mittel verwendet, doch kein öffentlicher Funktionär hat Einfluß auf die Vergebung. Die Sozialisten sind nicht prinzipiell gegen das Wohnungseigentum, doch sind sie gegen den Mißbrauch öffentlicher Steuermittel für die Schaffung privaten Eigentums.

Zum Verkehrswesen verwies Stadtrat Resch auf das von Stadtrat Dkfm. Nathschläger vorgelegte Investitionsprogramm von 2,2 Milliarden Schilling, Keine einzige der zahlreichen Forderungen, wie U-Bahn, Verbesserung der Stadtbahn usw. sind darin berücksichtigt. Es beschränkt sich auf Wagenbestellungen und den Bau einer Hauptwerkstätte.

Zur Frage der Kreditbeschaffung ist zu sagen, daß Österreich als besetztes Land ausgelacht worden wäre, hätte es versucht, im Ausland Kredite zu erhalten.

Die Behauptung, daß die Ansätze des Finanzministers schon früher als optimistisch bezeichnet wurden, ist richtig. Der Optimismus hat sich allerdings in einem Ausmaß erfüllt, das weit über alles hinausgegangen ist. Wenn Dr. Wollinger behauptet hat, in der Bevölkerung seien vielfach Stimmen gegen die Grundkäufe der Gemeinde zu hören, so kann man sich kaum vorstellen, welche Kreise dagegen sein sollten. Die Grundbesitzer haben ja ein Interesse daran, daß die Nachfrage groß ist. Vielleicht ist es aber die Politik der Gemeinde, nicht jeden Preis für ein Grundstück zu bezahlen, die in manchen Kreisen auf Ablehnung stößt. Zur Forderung nach Bereitstellung von Mitteln für familienfördernde Maßnahmen ist zu sagen, daß auch hier viel geleistet wurde. So ist der soziale Wohnungsbau eine familienfördernde Maßnahme großen Stils, ferner die SW-Möbelaktion, die in immer größerem Maße in Anspruch genommen wird, die Gewährung von Krediten für die Modernisierung von Altwohnungen und schließlich auch die Kredite für die Erhaltungsarbeiten an schon bestehenden Häusern.

Zur Beschwerde Dr. Wollingers, daß die sachlichen Ausführungen des GR. Dr. Fiedler unsachlich beantwortet wurden, muß festgestellt werden, daß dies nur auf einen einzigen Fall zutreffend ist, wo ich ihm sagte, er solle sich an Kollegen Nathschläger wenden. Alle anderen Bemerkungen des Gemeinderates wurden ernst erwidert. Stadtrat Resch stellt in diesem Zusammenhang fest, er möchte die Herren der ÖVP bitten, nicht so empfindlich zu sein und zu verstehen, daß ihre ständigen Belehrungen über Demokratie, Toleranz und Objektivität manchmal aufreizend wirken. Es sind ja in diesem Saale zu viele alte Demokraten, die die Demokratie und Toleranz der Vorgänger der Österreichischen Volkspartei am eigenen Körper erlitten haben. Sie können daher die Belehrungen des Dr. Fiedler wirklich nicht ernst nehmen. Außerdem haben sie eine solche Belehrung als alte Demokraten nicht nötig. Er bitte daher, in Zukunft diesen belehrenden Ton über Demokratie und Toleranz nicht zu gebrauchen. Seine Partei wisse schon länger, was Demokratie ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne die Stimmen der VO angenommen. Der Antrag des GR. Dr. Soswinski (VO) wurde abgelehnt.

Das Personalwesen der Stadt Wien

=====

17. Dezember (RK) Stadtrat Riemer (SPÖ) berichtet sodann über die Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform. Das abgelaufene Kalenderjahr stand auf dem Personalsektor im Zeichen des Gehaltsgesetzes, das in langen Verhandlungen, an denen die Stadt Wien nur zum Teil beteiligt war, zwischen der Bundesregierung und dem Verhandlungsausschuß der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im vergangenen Frühjahr abgeschlossen wurde. Nach der Zwischenlösung im April dieses Jahres wurde mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom November die Erfüllung der Besoldungsordnung mit 1. Jänner 1957 festgelegt. Es war in der Folge auch notwendig, in Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten jenen Teil der Nebenbezüge neu zu regeln, die teilweise oder zur Gänze als Abgeltung für Mehrdienstleistung gewährt werden. Für den Abschluß dieser komplizierten Verhandlungen muß allen Beamten dieses Ressorts und der Generaldirektion der Stadtwerke, im besonderen aber Magistratsdirektor Dr. Kinzl herzlichst gedankt werden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Unter dem Beifall der SPÖ spricht der Redner auch seinem Vorgänger, Stadtrat a.D. Dr. Migsch, der die wochenlangen äußerst komplizierten Verhandlungen über die Neugestaltung des Besoldungsrechtes der städtischen Angestellten geleitet hat, den herzlichsten Dank aus.

Auf Grund der neuen bezugsrechtlichen Bestimmungen nach dem Gehaltsgesetz 1956 ergibt sich für das Jahr 1957 ein Personalaufwand von 1.460,7 Millionen Schilling gegenüber 1.183 Millionen Schilling im Voranschlag 1956, das ist eine Steigerung des Personalaufwandes in diesem einen Jahr um 23.5 Prozent bei annähernd gleichbleibendem Personalstand. Die Hauptbezüge steigen von 759,7 Millionen Schilling im Voranschlag des laufenden Jahres auf 935,9 Millionen Schilling, also um 23.2 Prozent. Eine größere Steigerung ergibt sich bei den Nebenbezügen, ./.

nämlich von 52,3 Millionen Schilling auf 70,2 Millionen Schilling, also um 34.1 Prozent. Die Ruhe- und Versorgungsgenüsse steigen um 26.1 Prozent, nämlich von 250,9 Millionen auf 316,5 Millionen Schilling.

Verhältnismäßig bescheiden ist dagegen die Steigerung der Sozialversicherungsbeiträge, die die Gemeinde für ihre Vertragsbediensteten an die Sozialversicherungsinstitute zu zahlen hat. Sie waren im Vorjahr mit 61,7 Millionen Schilling präliminiert und ergeben für das kommende Jahr 68,1 Millionen Schilling, also nur eine Steigerung um 10.3 Prozent. Dagegen steigen die Ersätze an fremde Stellen (Berufsschullehrer) von 17,1 Millionen des Vorjahres auf 23,7 Millionen Schilling, das ist ein Plus von 38.1 Prozent. Für Gehaltsvorschüsse sind 45 Millionen gegen 40 Millionen des Vorjahres eingesetzt. Für Aushilfen und Remunerationen sind 1,178.000 Schilling veranschlagt. Die Personalquote, also der Anteil des Personalaufwandes am Gesamtaufwand der Stadt Wien, steigt von 33.5 Prozent des laufenden Jahres auf 36.1 Prozent im Voranschlag für 1957.

Der Personalstand der Wiener Gemeindeverwaltung hat nach einer Reihe von Jahren der Reduktion mit dem Dienstpostenplan für das kommende Jahr zum ersten Mal wieder eine Steigerung erfahren. Der Voranschlag rechnet mit 32.997 Bediensteten in der Hoheitsverwaltung und den übrigen Dienststellen des Magistrats. Er hat im Vorjahr 32.735 betragen. Die Personalzunahme mit 262 Bediensteten ist fast ausschließlich auf die Vermehrung von Dienstposten für Pflegepersonal in unseren Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, insbesondere in den Altersheimen und Heil- und Pflegeanstalten zurückzuführen. Aber auch die Zahl der Pensionisten beim Magistrat ist um 198, nämlich auf 14.518 Pensionsempfänger, gestiegen, was auf eine verstärkte Lust zum Übertritt in den dauernden Ruhestand zurückzuführen sein dürfte.

Bei den Stadtwerken ergibt sich im Jahre 1957 ein Personalaufwand von 1.050,3 Millionen gegenüber 859,9 Millionen nach den Wirtschaftsplänen 1956. Die Mehrausgaben auf Grund der neuen Gehaltsregelung betragen also bei den Stadtwerken 190,4 Millionen, ./.

obwohl nur eine Personalvermehrung um 62 Bedienstete eintritt.

Interessante Vergleichsmöglichkeiten ergeben sich bei einem Blick auf die Personalstände der letzten sechs Jahre. Beim Magistrat, einschließlich der Anstalten und Betriebe, waren im Jahre 1950 35.581 Personen bedienstet. In ständigem Bemühen der dazu berufenen Dienststellen des Magistrats, insbesondere der Amtsinspektion, ist es gelungen, den Personalstand Jahr für Jahr zu senken, sodaß er mit 1. Dezember 1956 trotz der Schaffung von 262 neuen Dienstposten beim Pflegepersonal nur 32.383 beträgt. Von diesen sind 12.170 Beamte des Schemas II und 3.852 Vertragsbedienstete des Schemas IV. 8.639 Beamte gehören dem Schema I und 4.206 Bedienstete dem Schema III an. Der Magistrat beschäftigt also 12.845 Bedienstete mit manuellen Aufgaben. Die Zahl der sonstigen Bediensteten, insbesondere der nach Sonderverträgen angestellten Arbeiter und Beamten, beträgt 3.597. Im Lagerhaus der Stadt Wien sind 81 Personen beschäftigt.

Ebenso erfreulich ist die Entwicklung der Personalstände der Wiener Stadtwerke. Die vier Teilunternehmungen, die in den Wiener Stadtwerken vereinigt sind, hatten zusammen am 31. Dezember 1946 22.434 Bedienstete. Sie weisen derzeit einen Personalstand von 19.662 auf. Auch hier kann von einer vernünftigen wirtschaftlichen und zweckmäßigen Personalpolitik gesprochen werden. Die vermehrte Einstellung von Frauen in den Verkehrsdienst der Wiener Verkehrsbetriebe hat uns vor einer Personal Krise auf diesem Sektor bewahrt. In der Zeit der Vollbeschäftigung und der Hochkonjunktur unserer Wirtschaft ist das Angebot an männlichen Arbeitskräften nicht so groß wie es nötig wäre.

Auf Grund des Jugendeinstellungsgesetzes sind bei den Wiener Stadtwerken derzeit 331 Jugendliche beschäftigt. Zum ersten Mal nach einer mehrjährigen Unterbrechung hat auch der Wiener Magistrat wieder Schreibkräfte für den Kanzleidienst aufgenommen. Es wurden 44 jugendliche Stenotypistinnen nach Absolvierung der Handelsschule auf die Dauer von zwei Jahren in Dienst gestellt. Unter diesen befinden sich zwei blinde Stenotypistinnen mit Staatsprüfung, die eine ausgezeichnete Arbeits-

leistung aufzuweisen haben und als Abteilungsschreibkräfte im Allgemeinen Krankenhaus tätig sind. Es ist mir ein Bedürfnis, den Chefs dieser beiden Abteilungen, Herrn Direktor Professor Dr. Schönbauer und Herrn Professor Dr. Hoff für das dabei bekundete Verständnis für die Unterbringung hochwertiger blinder Arbeitskräfte bestens zu danken.

906 Ärzte bei Gemeinde Wien angestellt

Die Stadt Wien beschäftigt derzeit nicht weniger als 906 Ärzte im Anstellungsverhältnis. Von diesen sind 118 ärztliche Direktoren und Primarii, 149 Assistenzärzte und 451 Sekundärärzte. In den Wohlfahrtsanstalten sind außerdem noch 158 fest angestellte Anstaltsärzte tätig. Neben diesem systemisierten ärztlichen Personal hat die Gemeinde Wien junge Ärzte als Hospitanten zugelassen. Es sind dies die sogenannten Gast-Ärzte, also jene von der Hochschule mit dem Doktordiplom ausgeschiedenen jungen Ärzte, die wegen des Mangels an genügenden ärztlichen Ausbildungsstellen in öffentlichen Krankenanstalten nicht sofort nach Abschluß ihres Universitätsstudiums den turnusmäßigen Spitalsdienst, der nach dem Ärztesgesetz vor Eröffnung der ärztlichen Praxis vorgeschrieben ist, antreten können. Dies ist eine Folgeerscheinung der Verhältnisse im zweiten Weltkrieg, wo auf Grund einer intensiven Propaganda für den ärztlichen Beruf und gefördert durch die Enthebung vom Kriegsdienst eine Überfüllung der medizinischen Fakultäten eingetreten ist. Diese Überproduktion an jungen Ärzten, die zudem noch die Ausbildung in Wiener Spitalern bevorzugten, hat um das Jahr 1950 herum das sogenannte Jungärzteproblem ausgelöst, nämlich die Notwendigkeit für den Ärztenachwuchs unerträglich lange auf den Eintritt in den Ausbildungsdienst in einem öffentlichen Krankenhaus warten zu müssen. Die Stadt Wien hat in Verhandlungen mit dem Bund bekanntlich der materiellen Not der Jungärzte entgegengewirkt. Sie hat nicht nur diese jungen Mediziner zur Betätigung in ihren Spitalern zugelassen und ihnen auf diese Weise Gelegenheit gegeben, ihre jungen medizinischen Kenntnisse weiter zu entwickeln und zu erproben, sie hat ihnen vorerst auch die Verpflegung im Spital gesichert

und schließlich alle jungen Ärzte, deren wirtschaftliche Existenz nicht gesichert ist, mit einem Stipendium, das monatlich 1.200 Schilling beträgt und von dem der Bund die Hälfte rückersetzt, ausgestattet. Derzeit befinden sich an den Wiener Spitälern 363 solche Stipendiaten und weitere 114 Hospitanten, die später auf keine Anstellung in einem städtischen Spital reflektieren, sondern durch ihre ärztliche Tätigkeit in den Anstalten lediglich ihr medizinisches Können bereichern wollen.

Wie es sich mit den Gastärzten verhält

Stadtrat Riemer stellte dann zu der in diesen Tagen unter den Gastärzten entstandenen Bewegung folgendes fest: Das Ärztegesetz verpflichtet die jungen Ärzte, bevor sie ihre ärztliche Praxis eröffnen, zu einer Spitalspraxis von mindestens drei Jahren. Die Krankenkassen aber fordern als Bedingung für die Überlassung eines Krankenkassensprengels eine Spitalspraxis von vier Jahren. Alle in den Wiener Spitälern praktizierenden Ärzte wollen daher eine vierjährige spitalsmäßige Ausbildung haben. Das Ärztegesetz verpflichtet die öffentlichen Krankenanstalten, soviele hospitierende Ärzte oder Ausbildungsärzte einzustellen, daß auf einen Arzt höchstens 30 Betten kommen, bzw. es verpflichtet den Spitalhalter dazu, soviele junge Ärzte aufzunehmen, als notwendig sind, daß für höchstens 30 Betten je ein Ausbildungsarzt vorhanden ist. Ich darf darauf hinweisen, daß schon im Jahre 1948 die Zahl der Sekundärärzte, also der Ausbildungsärzte in den Wiener städtischen Spitälern, um 220 erhöht wurde. Wir haben heute 435 Sekundärärzte in den Wiener städtischen Krankenanstalten. Nach dem Bettenschlüssel des Ärztegesetzes müssen wir also nur auf je 30 Patienten einen Ausbildungsarzt beschäftigen. Wir haben 435 Sekundärärzte, das heißt, auf je 18 Patienten kommt schon ein Ausbildungsarzt. Und wenn wir die 147 Assistenzärzte, die in den gleichen Spitälern angestellt sind, noch dazu rechnen, die ja auch zum Teil noch Ausbildungszeit absolvieren, dann haben wir einen Schlüssel von 14 Betten auf einen Ausbildungsarzt.

Nun ist vor einiger Zeit die Sektion der Spitalsärzte der Wiener Ärztekammer in einem Schreiben an die Wiener Stadtverwaltung mit der Forderung herangetreten, alle Gastärzte, die jetzt zur Arbeit in den Wiener Spitälern zugelassen sind, per sofort anzustellen. Mit dieser Forderung wurde aber zugleich die zweite Forderung nach sofortiger Sperre des Zuzuges von neuen jungen Gastärzten in die Spitäler der Stadt Wien verbunden, und zwar begründen sie das damit, daß sie sagen, es gibt in den österreichischen Bundesländern rund 70 nichtbesetzte Ausbildungsärztestellen.

Es ist eine unlogische Forderung von den Gast- und Jungärzten, wenn sie von der öffentlichen Hand, in diesem Falle von der Gemeinde Wien, verlangen, daß der augenblickliche Überschuß an jungen Ärzten angestellt wird. Es hat auch noch niemand verlangt, daß alle Musiker, Schauspieler und Sänger, die nicht untergebracht werden können, von den Theatern des Bundes über den Bedarf hinaus angestellt werden. Oder ein anderes ganz aktuelles Beispiel: Es könnte dann auch sein, daß die Frauen- und Mädchenorganisationen verlangen, daß alle jungen Mädchen, die die Handelsschule oder Fortbildungsschule verlassen haben, sofort von der Gemeinde Wien eingestellt werden müssen, wenn sie keinen anderen Posten bekommen.

Stadtrat Riemer macht auch darauf aufmerksam, daß die Aufnahme der jungen Ärzte in den städtischen Spitälern deswegen eine gewisse Verzögerung erfährt, weil ein Teil der auszubildenden Ärzte, also die Sekundärärzte und Assistenten, Wert darauf legen, länger als die nach dem Gesetz vorgeschriebene Ausbildungszeit im Spitalsdienst zu bleiben. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht ein Sekundärarzt oder Assistenzarzt um Verlängerung der Ausbildungszeit ansucht. Solchen Ansuchen wurde bisher in den meisten Fällen stattgegeben. 120 Posten sind auf diese Weise verlängert besetzt und könnten sofort freigemacht werden, wenn es gelänge, diese Ärzte in die freie Praxis zurückzuführen.

Ich darf auch darauf hinweisen, daß zum Teil auch die Notwendigkeit, die Gastärzte in den Spitalsabteilungen stark zu be-

schäftigen, sodaß sie den Eindruck haben, einen Ausbildungsarzt oder Sekundararzt vollwertig zu ersetzen, darauf zurückzuführen ist, daß ein Teil der Ausbildungsärzte - nachdem sie einige Monate hindurch, 9 Monate sind vorgeschrieben, auf den zwei Hauptstationen Inneres und Chirurgie zugebracht haben - sofort in die kleineren Fachabteilungen strebt. Dort wollen sie ebenfalls wieder mindestens drei Monate praktizieren, um die verschiedenen Fächer besser kennenzulernen oder noch länger zu bleiben, um sich die fachärztliche Praxis zu erwerben. Das sind die Ursachen, durch die die Lücken in der Besetzung der Ausbildungsärzte in den Spitälern entstehen, in die dann die Gastärzte einspringen, und die die Gastärzte dazu verleiten zu meinen, ohne ihre Arbeit wäre ein Spital überhaupt nicht zu führen.

Die Gastärzte haben jetzt einen sogenannten Streik inszeniert - sie vermeiden zwar gerne den Ausdruck Streik - obwohl es in Wirklichkeit nichts anderes als ein wilder Streik ist, denn der Streik ist ausgebrochen ohne Einvernehmen und ohne Zustimmung der zuständigen Gewerkschaft. Sie sagen in ihrer Eingabe an die Wiener Gemeindeverwaltung vom 3. November: Wien sei die letzte und einzige Stadt, die überhaupt Gastärzte hat und Gastärzte honoriert, und das im Tone der Anklage und des Vorwurfes. Ich glaube, sehr geehrter Gemeinderat, daß diese Feststellungen der Gastärzte selber keine Anklage sind und uns auch nicht wie ein Vorwurf treffen. Sie ist vielmehr eine Anerkennung für das Verständnis und die finanziellen Opfer, die die Gemeinde Wien seit Jahren im Interesse der österreichischen Volksgesundheit auf sich genommen hat. (Beifall bei der SPÖ.) Daß es sich um ein Interesse der österreichischen und nicht allein der Wiener Gesundheitsverhältnisse handelt, mögen Sie daraus ersehen, daß eben tatsächlich 70 oder mehr Ausbildungsärztestellen in Spitälern in den Bundesländern frei sind und nicht besetzt werden können, weil die Landsleute der Patienten, die dort zu betreuen sind, es vorziehen, in Wien ein Stipendium zu empfangen und zum Dank dafür noch auf die Wiener Gemeindeverwaltung zu schimpfen.

Ich möchte noch etwas sagen zur Charakterisierung der Bewegung, der wir uns momentan gegenübersehen. Am 3. November ist diese Eingabe an die Gemeindeverwaltung geschrieben worden. Einige Tage später ist sie zu uns gekommen. Sie mußte natürlich von den zuständigen Fachabteilungen durchgesehen, geprüft und eine Stellungnahme darüber abgegeben werden. Daß das nicht von heute auf morgen geht, das dürften vielleicht auch die jungen Herrschaften von den Gastärzten einsehen. Am 4. Dezember, also vier Wochen später, waren die Vertreter der Gastärzteschaft bei mir und haben über diese Forderungen gesprochen. Ich habe ihnen bei dieser Gelegenheit vorgehalten, in welchem unqualifizierten Ton diese Eingabe an den Spitalerhalter, an den künftigen Dienstgeber gehalten ist. Die Eingabe hat den Ton und den Jargon von Versammlungsreden einer ganz gewissen Richtung.

Aber mit solchen Phrasen und mit einem Versammlungston kann man nicht in einer Eingabe an die Stadt Wien, in der ernste Verhandlungen verlangt werden, operieren. Ich habe das auch den Vertretern der Gastärzte und Jungärzte, die sich mir als Obmann und Mitglieder der Sektion der Wiener Spitalsärzte in der Ärztekammer vorstellten, vorgehalten und tatsächlich, die nächste Eingabe war schon etwas zivilisierter formuliert. Also ein bißchen Erziehungsarbeit hat geholfen. Wir haben damals am 4. Dezember mit den Vertretern der jungen Ärzte vereinbart, daß wir selbstverständlich ihre Forderungen nicht in Bausch und Bogen erfüllen können. Sie haben einfach die Behauptung aufgestellt, wenn die Forderung ihrer Sektion von der Gemeinde Wien erfüllt wird, dann kostet das der Gemeinde nicht nur nicht mehr Geld, sondern die Gemeinde wird sich dabei sogar etwas ersparen, sie könnte also ein "Geschäft" machen, indem sie 363 Ärzte, für die sie momentan 600 Schilling monatlich, also das halbe Stipendium ausgibt, sofort mit einer Bezahlung von 1.800 Schilling anstellt. Das wäre also ein "Geschäft" nach der Auffassung dieser Leute. Ich habe von ihnen eine Berechnung verlangt, die haben sie zugesagt und wir haben vereinbart, bis

diese Berechnung vorliegt, werden wir uns wieder zusammensetzen und werden weiter verhandeln. Diese Berechnung ist am Freitag der vergangenen Woche eingelangt, aber am selben Tag hat bereits in den Spitälern der Gastärztestreik begonnen. Ich halte auch das für ein Zeichen der Unreife eines Verhandlungspartners, wenn er, ohne daß seine Forderungen abgelehnt sind, einen gewerkschaftlichen Kampf, einen Streik, ausruft. Das ist ein Bruch der Vereinbarung und wir hätten eigentlich das Recht, uns auf die Sache nicht mehr weiter einzulassen. Trotzdem habe ich den Herren sofort zugesagt, daß wir den Bedarf an Ärzten und an zusätzlichen Arztposten sehr gewissenhaft und objektiv und sofort prüfen werden. Ich kann Ihnen mitteilen, daß die von mir eingesetzte Untersuchungskommission, an der auch Ärzte beteiligt sind, und zwar führende Ärzte von großen Wiener Spitälern, heute bereits mit ihrer Arbeit begonnen hat. Auch Vertreter der Ärzteschaft und sogar solche der sich sehr wild gebärdenden Jungärzteschaft sind an diesen Besprechungen und Untersuchungen beteiligt.

In einem der Flugblätter, die von der Jungärzteschaft herausgegeben wurde, figurieren sie nämlich nicht unter dem Titel der Sektion der Spitalsärzte in der Ärztekammer, sondern unter dem Titel "Gruppe der Jungärzte". Dort wird gesagt, daß es für sie unerträglich sei, weiterhin diesen würdelosen Bettel eines Stipendiums auf sich zu nehmen. Nun, sehr geehrter Gemeinderat, ich glaube, daß das wohl ein etwas übertriebener Ausdruck, eine übertriebene Charakterisierung einer finanziellen Zuwendung ist, die immerhin 1.200 Schilling im Monat beträgt, also den Gehalt eines jungen Kanzlei-beamten bei der Gemeinde Wien gleichkommt.

Wir stehen also momentan mitten in dieser Bewegung und es ist nur zu hoffen, daß es doch unter den Jungärzten auch gerecht denkende und einsichtige akademisch gebildete Men-

schen gibt, die einschen, daß die Gemeinde Wien nicht verpflichtet ist, jeden jungen Akademiker, der aus der Hochschule kommt, mit dem Mindestgehalt eines Akademikers anzustellen. Diese Verpflichtung besteht weder gegenüber den Juristen, noch gegenüber den Philosophen, sie besteht natürlich auch nicht gegenüber den Medizinern. Unsere Haltung gegenüber den jungen Ärzten kann und darf nur von unserem Bedarf an Ärzten bestimmt werden. Wir sind im Begriffe, diesen Bedarf objektiv und unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Vertreter der Ärzteschaft festzustellen. Wenn er feststeht, werden wir darüber verhandeln, wie wir diesem Bedarf entsprechen können. Angesichts eines Stipendiums von 1.200 Schilling im Monat kann nicht einmal ein Vertreter der jungen Ärzte davon sprechen, daß sie in Not wären oder sie ihre materielle Not zu Kampfmaßnahmen zwingen. Es besteht kein Notstand der Gastärzte, denn von 1.200 Schilling kann jeder Gastarzt leben - und damit keine so zwingende Eile, das Problem von heute auf morgen einer Lösung zuführen zu müssen. Die gewissenhafte Prüfung des Problems wird die Argumente zur Entscheidung liefern.

./.

Vermehrung des Pflegepersonals

Große Sorgen bereitet der Gemeindeverwaltung die Versorgung der städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten mit einem entsprechend ausgebildeten Pflegepersonal. Die größte Erschwernis für die Gewinnung junger Frauen für den Pflegerinnenberuf scheint mir die Bestimmung im Krankenpflegegesetz zu sein, die für den Eintritt in die Pflegerinnenschule das vollendete 18. Lebensjahr vorschreibt. Dies bedeutet, daß junge Mädchen, die darauf angewiesen sind, möglichst rasch nach Austritt aus der Pflichtschule ihren Unterhalt zu verdienen, vier Jahre warten müssen, bis sie in die Pflegerinnenschule eintreten können. Inzwischen finden die meisten einen anderen Beruf und sind dann nicht mehr bereit, nachdem sie schon Geld verdienen können, mit 18 Jahren als Schülerin, bestenfalls mit einem bescheidenen Taschengeld ausgestattet, den Pflegerinnenberuf zu erlernen. Dieses Problem wird bei Beratung des vom Sozialministerium ausgearbeiteten Entwurfes für ein neues Krankenpflegegesetz ernstlich überprüft und gemildert werden müssen. Trotzdem ist es gelungen, den Stand des Pflegepersonals gegenüber 1951 um 459 zu steigern, was vor allem auf die vermehrte Einstellung von weltlichen Pflegepersonen zurückzuführen ist, da die geistlichen Orden leider von Jahr zu Jahr weniger Pflegerinnen zur Verfügung stellen. Die Stadt Wien beschäftigt in ihren Anstalten derzeit 6.158 Pflegepersonen, darunter 359 männliche, hauptsächlich in der Irrenpflege, 971 geistliche Ordensschwwestern, 36 Rudolfinerinnen und 4.792 weltliche Pflegerinnen. Von diesen besitzen aber nur zwei Drittel eine schulmäßige Ausbildung.

In der Zeit von Jänner bis Ende November sind bei der Hoheitsverwaltung 260 öffentlich-rechtliche Beamte und 612 Vertragsbedienstete neu eingestellt worden. 465 Saisonarbeiter und -arbeiterinnen wurden in ein ständiges Dienstverhältnis überführt, 61 Vertragsbedienstete wurden pragmatisiert.

Durch Pensionierungen, Kündigungen, Dienstesentsagungen und andere Maßnahmen sind aus dem Personal des Magistrats in den letzten 11 Monaten 1.164 Bedienstete, durch Ableben weitere 121 Bedienstete, zusammen also 1.285 Personen ausgeschieden. Bei den Stadtwerken sind 570 Bedienstete in den Ruhestand getreten, 113 sind durch Ableben ausgeschieden. Insgesamt haben die Stadtwerke

seit 1. Jänner 1.330 Bedienstete verloren und 966 durch Neuaufnahmen, Wiedereinstellungen und Reaktivierungen gewonnen. Von den Pensionsparteien der Stadtwerke sind 854 verstorben.

Es ist nicht so bekannt, daß die Gemeindeverwaltung auch auf dem Personalsektor in großzügiger Weise den Sport fördert. Viele namhafte Sportler aller Disziplinen gehören dem Personalstand der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen an und werden für internationale sportliche Wettbewerbe freigestellt. So haben in diesem Jahre sechs Magistratsbeamte bezahlte Urlaube im Ausmaß von 56 Tagen und 12 Magistratsbeamte Karenzurlaube im Ausmaß von 337 Tagen für sportliche Veranstaltungen erhalten. 16 Bedienstete der Wiener Stadtwerke erhielten bezahlte Sonderurlaube im Ausmaß von 175 Arbeitstagen zur Absolvierung sportlicher Veranstaltungen. Darüber hinaus erhielten 44 aktive Sportler der Wiener Stadtwerke Karenzurlaube im Ausmaß von 2.090 Arbeitstagen - eine Sportförderung, die sich wohl sehen lassen kann.

Namhafte Freistellungen städtischer Bediensteter, die sich in caritativen Organisationen betätigen, sind in den letzten Wochen für die Ungarnhilfe erfolgt.

Die Schulung des Personals

Von entscheidender Bedeutung für ein klagloses Funktionieren der Verwaltung ist die Schulung des Personals. Für die definitive Besetzung bestimmter Dienstposten ist die erfolgreiche Absolvierung bestimmter Kurse vorgeschrieben. Sowohl beim Magistrat wie auch bei den Stadtwerken werden Jahr für Jahr Verwaltungs- und Kanzleikurse sowie die verschiedensten Fachkurse abgehalten und Prüfungen abgenommen. Es ist beabsichtigt, diese Schulungsarbeit in Zukunft nicht nur strengstens weiter zu führen, sondern auch den modernen betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen entsprechend auszubauen und zu vertiefen. Es liegt uns vor allem daran, die menschliche Seite der Abwicklung des Dienstes durch Kurse und Seminare unseren Mitarbeitern ins Bewußtsein zu rufen und so sowohl den amtlichen Verkehr mit den Gemeindebürgern wie auch die Bedienung der Abnehmer unserer Versorgungsbetriebe und der Benutzer unserer Verkehrsmittel zufriedener zu gestalten. Der Gedanke des Dienstes an der Allgemeinheit soll in das Bewußtsein und in die Praxis aller unserer Bediensteten eindringen und

sie zu willigen, freundlichen und menschlich verständnisvollen Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung heranbilden. Erfüllt von der Wichtigkeit dieser Aufgabe haben wir mit dieser Schulung in der Form von Seminaren bereits begonnen. Im Rahmen des Österreichischen Städtebundes haben der Wiener Magistrat und die Wiener Stadtwerke vorerst einige leitende Beamte, die entweder im Personalressort tätig sind oder aber große Personalstände führen, an einem einwöchigen Seminar über Behandlung und Führung von Menschen im Betrieb teilnehmen lassen. Die Wiener Verkehrsbetriebe haben eine Aktion zur Schulung ihres Personals in einer etwas anderen Zusammensetzung, aber auch in seminaristischer Form eingeleitet. Auch dort sind es vorerst leitende Beamte, die dieser Schulung unterworfen werden. Grundgedanke und Methode auf beiden Seiten ist es aber, in seminaristischer Weise eine Schulungsaktion, von oben beginnend nach unten fortsetzend, auf immer breiterer Basis durchzuführen. Gleichzeitig wird der Nachschulung des gesamten Personals, insbesondere jener Bediensteten, die mit dem Publikum in direkten Kontakt treten, unser besonderes Augenmerk zugewendet werden.

Die fast gleichzeitige Aufnahme einer größeren Anzahl jugendlicher Stenotypistinnen gibt uns die Möglichkeit, diese kompakte Gruppe junger Bediensteter zu einer für Schulungszwecke besonders günstigen Einheit zusammenzufassen. Für diese jungen Mitarbeiterinnen werden Fortbildungskurse in Stenographie und Maschinschreiben, deutscher Sprache und einzelne allgemeinbildende Vorträge, verbunden mit Führungen und Rundfahrten durch Gemeindeeinrichtungen, veranstaltet. Es wird versucht, diesen jungen Menschen am Beginn ihrer beruflichen Laufbahn Verständnis und Liebe für ihren Beruf in der Verwaltung der Stadt Wien und für den Dienst an der Allgemeinheit zu wecken.

Unser besonderes Augenmerk gilt auch den Möglichkeiten und Bemühungen, durch Maßnahmen der Rationalisierung und Vereinfachung der Verwaltung, insbesondere auch durch Heranziehung moderner Büromaschinen den Aktenlauf zu verkürzen, die Entscheidungen zu beschleunigen und gleichzeitig den Verwaltungsapparat zu reduzieren. Auf diesem Gebiete waren die Wiener Stadtwerke im letzten Jahre beispielgebend und erfolgreich.

Bei den Wiener Verkehrsbetrieben ist die in den Vorjahren begonnene Neugestaltung des Streckenkassendienstes auf den Betriebsbahnhöfen zum Abschluß gelangt. Statt der früher erfolgten täglich Abrechnung der Schaffner in den Nachtstunden besitzt jetzt jeder Schaffner auf seinem Bahnhof ein versperresicheres und einbruchssicheres Aufbewahrungsfach. Er rechnet nur mehr zweimal wöchentlich während der Tagesstunden ab; die Bahnhofskassierinnen sind von dem lästigen Nachtdienst befreit und überdies ergeben sich Personaleinsparungen.

Auch die Reorganisierung und Zentralisierung der Materialgebarung der gesamten Stadtwerke ist nunmehr durchgeführt.

Auszahlung nach Lochkartensystem

Seit einigen Monaten ist die Generaldirektion der Stadtwerke mit der Umstellung der Personalverrechnung auf das Lochkartensystem beschäftigt. Mit Ende dieses Jahres wird schon die Hälfte der Pensionen mit Hilfe des Lochkartenverfahrens abgerechnet und angewiesen werden. Mit Jahresbeginn wird auch die Verrechnung der Aktivbezüge nach Schema II auf das Lochkartenverfahren umgestellt. Sobald diese Reorganisation bei den Stadtwerken beendet sein wird, wird die Automatisierung der Pensions- und Gehaltsverrechnung auch der Magistratsbediensteten eingeleitet werden.

Die Stadtwerke haben auch im Zuge der Reorganisation ihrer Verwaltungen die Hochbauabteilungen und die Kraftwagenbetriebe der den Stadtwerken angehörenden Unternehmungen örtlich zusammengefaßt. Auf dem Gebiete der Buchhaltung der Stadtwerke ist eine Umstellung in der Richtung einer modernen Kosten-, Leistungs-, Ergebnis- und Preisrechnung durchgeführt worden. Als weitere Maßnahme erfolgt in den nächsten Monaten die Zusammenlegung der Finanzbuchhaltungen der Stadtwerke, wobei durch Einführung modernster Arbeitsmethoden wieder eine Personalerparnis erzielt werden kann.

Beim Magistrat und seinen Anstalten und Betrieben wird durch die Magistratsdirektion - Amtsinspektion, ebenfalls unterstützt vom Kontrollamt, gleichfalls ununterbrochen in dieser Richtung gearbeitet.

Die neue Besoldungsordnung mit ihren vielfachen dienst- und besoldungsrechtlichen Neuerungen und Besserstellungen hat dem Personalamt der Stadt Wien und der Wiener Stadtwerke eine unge-

wöhnliche und außerordentlich große Arbeitsbelastung gebracht. Allein die Überleitung auf Grund des neuen Gehaltsgesetzes umfaßt beim Magistrat 28.729 Aktive und etwa 14.000 Pensionisten. Davon sind die Überleitungsbescheide für 19.000 aktive Magistratsbedienstete bereits ausgestellt und in den meisten Fällen auch schon zugesandt. Die Überleitung der 14.000 Pensionisten ist noch im Zuge der Berechnung. Die Bescheide werden nach Ausfertigung der Bescheide sämtlicher Aktiven auch den Pensionisten zugehen.

Für die fast 800 Kindergärtnerinnen, die auf Grund des Lehrrdienstrechts-Kompetenzgesetzes nach anderen Grundsätzen besoldet werden, mußte in Verhandlungen mit der Personalvertretung eine Regelung getroffen werden. Nach dieser sind 781 aktive und 175 pensionierte Kindergärtnerinnen in ihre neuen Bezüge überzuleiten. Auch dieser große Komplex von Berechnungen, an dem eine eigene Gruppe im Personalamt seit Wochen arbeitet, ist dem Abschluß nahe.

Bei den Wiener Stadtwerken sind auf Grund des neuen Gehaltsgesetzes 20.828 Aktive und 18.765 Pensionisten überzuleiten. Davon haben 17.607 Aktive bereits ihre Bescheide in Händen.

Liquidierung des NS-Problems

Eine Fülle sonstiger personalmäßiger Aktionen ist in den letzten Monaten eingeleitet und durchgeführt worden. Ich erwähne als Beispiele nur jene größeren Aktionen zur Liquidierung des Nationalsozialistenproblems innerhalb des städtischen Personals. Die Auswirkungen der Sühnefolgen auf Grund des Verbotsgesetzes 1947 hinsichtlich der Nichtanrechnung der Zeit vom 1. Mai 1945 bis 5. Juni 1948 für die Vorrückung in höhere Bezüge, der sogenannten Hemmungszeiten, sind mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1956 beseitigt worden. Dieser Aktion sind beim Wiener Magistrat 2.144, bei den Stadtwerken 692 Bedienstete teilhaftig geworden.

In der gleichen Absicht der Befriedung haben wir beim Wiener Magistrat 184 Pensionisten ihre Dienstzeiten zwischen 1938 und 1945 auf die Pensionsbezüge angerechnet. Bei den Stadtwerken handelt es sich im Zuge dieser Aktion um 708 Pensionisten. Damit können diese Aktionen zur Liquidierung des NS-Problems im Rahmen des städtischen Personals als abgeschlossen betrachtet werden.

Ein Zeichen dafür, daß die Problematik, die durch den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes auf personellem

Gebiete in so vielfältiger und zahlreicher Weise entstanden ist, nahezu als überwunden betrachtet werden kann, geht auch daraus hervor, daß in den abgelaufenen 11 Monaten bei den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts nur 37 Beschwerden gegen Bescheide des Magistrats oder der Landesregierung erhoben wurden, gegenüber 46 Fällen im Vorjahr und 77 Fällen im Jahre 1954.

Angesichts dieser großen Arbeitsbelastung, die die Überleitungen und andere Regelungen aufgebürdet haben, ist es mir ein Bedürfnis, den Beamten dieser Abteilungen meinen besonderen Dank und den Dank des Gemeinderates auszusprechen.

Bezüge und Lebensstandard der Gemeindebediensteten zählen zu den besten Österreichs

Mit Genugtuung können wir am Ende dieses für die städtischen Bediensteten so bedeutungsvollen Jahres feststellen, daß die Angestellten der Stadt Wien durch das neue Gehaltsgesetz in allen ihren Sparten den Rückstand, den sie bezugsmäßig hinter gleichartigen Bediensteten der Privatwirtschaft seit Jahren ertragen mußten, zumindest aufgeholt, in vielen Gruppen aber bereits überschritten haben. Insbesondere in den letzten zwei Jahren sind die Bezüge der Gemeindebediensteten in fühlbarem und erfreulichem Ausmaße gestiegen. Zuerst durch die Entniveleierung des Jahres 1955, die im Durchschnitt eine Bezugssteigerung um 9 Prozent brachte. Das neue Gehaltsgesetz mit der vollen Auswirkung seiner Ansätze bedeutet eine weitere durchschnittliche Erhöhung der Bezüge der Gemeindebediensteten um 27 1/2 Prozent gegenüber dem 1. Jänner 1956. Diese beachtliche Erhöhung der Bezüge wirkt sich allerdings für die Eintrittsstufen noch nicht in diesem Maße aus, erreicht aber schon bei einem Drittel der dienstlichen Laufbahn anschnliche Verbesserungen und noch mehr am Ende der Dienstzeit.

Einige Gegenüberstellungen als Beispiele: Der Bezug eines Kanzleibediensteten mittlerer Dienstzeit betrug am 1. Oktober 1954 1.449 S, am 1. Jänner 1957 erhält er 1.960, also um 510.96 S mehr, das ist eine Steigerung um 36 Prozent. Am Ende seiner Dienstzeit erhält der gleiche Kanzleibedienstete 2.380 S gegenüber 1.845.92, also um 534 S mehr als zwei Jahre früher, das ist eine Steigerung um 29 Prozent. Ein Verwaltungsbeamter erhielt am 1. Oktober 1954 bei mittlerer Dienstzeit 2.274.40; er bekommt am 1. Jänner 1957 3.420, also um 1.145.60 S oder 50.3 Prozent mehr.

Am Ende seiner Dienstzeit bekommt er 4.520 Schilling, das ist um 1.751 S oder 62 1/2 Prozent mehr als am 1. Oktober 1954. Ein Akademiker im Dienst der Stadt Wien, der nicht einen Leiterposten bekleidet, sondern als zugeteilter Beamter bis zu seiner Pensionierung tätig sein würde, erhält in der Mitte seiner Dienstzeit 4.880 S, das ist um 1.864 S oder 61.8 Prozent mehr als am 1. Oktober 1954. Am Ende seiner Dienstzeit beträgt sein Aktivitätsbezug im kommenden Jahr 5.870 S gegenüber 3.526 S im Jahre 1954, das ist eine Steigerung um 2.344 S oder 66.4 Prozent.

Auch die manuellen Arbeiter im städtischen Dienst haben schöne Bezugssteigerungen erreicht. Fahrer oder Schaffner der Wiener Verkehrsbetriebe wurden am 1. Oktober 1954 bei mittlerer Dienstzeit mit 1.266.44 Schilling monatlich entlohnt. Sie erhalten ab 1. Jänner 1957 in dieser Kategorie 1.840 S, also um 573.56 S oder 45.3 Prozent mehr. Am Ende ihrer Dienstzeit bekommen Fahrer oder Schaffner ab 1. Jänner 1957 einen Monatsbezug von 2.118 S, also um 704 S mehr als im Jahre 1954. Facharbeiter der Gemeinde und ihrer Unternehmungen beziehen bei mittlerer Dienstzeit ab 1957 monatlich 1.900 S, das ist eine Verbesserung gegenüber dem Jahre 1954 um 475.60 S oder 33.3 Prozent. Bei voller Dienstzeit erhält der gleiche Facharbeiter ab kommenden Monat 2.180 S, das ist eine Steigerung gegenüber 1954 um 578.76 S oder 34 Prozent.

Zu diesen Bezügen kommen die Familienzulagen, allfällige Gefahren-, Erschwernis- oder Außendienstzulagen, Vergütung von Überstunden bei Bediensteten nach Schema I oder III oder Personalzulagen bei Beamten des Schemas II oder IV.

Als Abgeltung für die von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten geforderte Inkraftsetzung der vollen Ansätze des Gehaltsgesetzes mit 1. Dezember 1956, die von der Gemeindeverwaltung grundsätzlich zugesagt war, erhielten die städtischen Bediensteten eine einmalige außerordentliche Zuwendung in der Höhe von 250 bis 350 S, die Ruhestandempfänger eine

solche von 150 bis 250 Schilling.

In diesem Jahre haben wir auch den jugendlichen Hilfsarbeitern, den jugendlichen Stenotypistinnen, den Lehrlingen und Forstpraktikanten, aber auch den Schülerinnen unserer Krankenpflegeschulen eine solche Zulage gewährt. Sie erhielten 100 bzw. 150 Schilling.

Ich darf wohl annehmen, daß die Bediensteten der Stadt Wien nach diesem großen gewerkschaftlichen Erfolg, den sie in Gemeinschaft mit den übrigen öffentlichen Bediensteten in diesem Jahre errungen haben, materiell zufrieden sind und aus dieser Zufriedenheit heraus, mit noch mehr Hingabe als bisher den ihnen anvertrauten Dienst an der Allgemeinheit, also an der Wiener Bevölkerung versehen werden. Lohnbewegungen in der Privatwirtschaft haben meist eine Steigerung der Arbeitsleistung zumindest im Zusammenhang mit technischen Verbesserungen und in deren Gefolge eine Steigerung der Produktivität zur Voraussetzung. Die Gehaltsbewegung der öffentlich Bediensteten, die mit dem Gehaltsgesetz 1956 zum erfolgreichen Abschluß gelangte, brachte den Bediensteten der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen auch eine namhafte Hebung ihres Lebensstandards ohne daß dafür eine größere Ergiebigkeit ihrer Arbeits- und Dienstleistung zur Voraussetzung gemacht worden wäre. Der gehobene Lebensstandard durch diese bessere Entlohnung möge als Appell an unsere Bediensteten wirken, aus eigenem Antrieb zur Verbesserung und Steigerung ihrer Arbeitsleistung beizutragen. Mögen alle Arbeiter und Beamte der Stadt Wien, denen ich bei dieser Gelegenheit für ihre Dienstleistung danken möchte, die Zeichen dieser Zeit verstehen und damit die Voraussetzungen schaffen, für weitere Verbesserungen ihres Dienstrechtes.

Nicht nur der Bürgermeister und seine engsten Mitarbeiter im Stadtsenat treten der Bevölkerung und damit der Wiener Öffentlichkeit als die Repräsentanten der Stadt gegenüber. Jeder der 50.000 Bediensteten, mag er in welcher Stellung immer für die Stadt tätig sein, ist ein Repräsentant, ist eine Visitenkarte der Stadt. Die Bediensteten der Stadt Wien haben damit Bezüge und einen Lebensstandard, die zu den besten in Österreich gezählt werden können.

Die Personaldebatte

GR. Dr. Soswinski (VO) bezeichnet es als unverständlich, daß Arbeitervertreter und Kapitalisten im eigenen Lande, wie dies bei dem Straßenbahnerstreik der Fall war, gegen den Streik sind, wenn dieser aber in einem anderen Lande, wie in Ungarn, durchgeführt wird, dafür eintreten.

Die volle Erfüllung des Gehaltsgesetzes bezeichnet der Redner als einen entscheidenden Fortschritt. Leider sind in der Zwischenzeit aber auch die Lebenshaltungskosten weiter gestiegen. Der Redner erhebt dann die Forderung nach Gewährung eines 14. Monatsgehältes und Verkürzung der Arbeitszeit. Sowohl einen 14. Monatsgehalt als auch kürzere Arbeitszeit hat es in der ersten Republik gegeben. Auch der Rechnungshof hat in seinem Bericht festgestellt, daß verschiedene Gruppen von Gemeindebediensteten am Samstag keine nennenswerte Leistung vollbringen können, weil die Privatwirtschaft auf die Fünf-Tage-Woche übergegangen ist. Wenn heute festgestellt wurde, daß bei einigen Gruppen Personalmangel herrsche, so sei dies auf die gegenwärtige Gehalts- und Personalpolitik zurückzuführen. So arbeitet zum Beispiel das Krankenpflegepersonal heute noch 60 Stunden wöchentlich. Anständige Gehälter und Vorwärtskommen würde die Anziehungskraft für diesen Beruf bestimmt erhöhen. Auch einige scheinbar kleine Begünstigungen, die es vor dem Februar 1934 schon gegeben hat, so zum Beispiel Straßenbahnfahrkarte, bessere Versorgung mit Dienstkleidern und tragbare Zinsen auf die Gehaltsvorschüsse, müßten wieder eingeführt werden. Der Redner stellt ^{diesbezüglichen} einen Antrag.
In einem weiteren Antrag fordert er den Stadtrat auf, ehestens einen Vorschlag zu unterbreiten, nach dem die Witwen der Justifizierten Witwenrenten in jener Höhe erhalten, als ob ihre hingemordeten Männer die volle Dienstzeit erreicht hätten.

Seine Fraktion könne den Ansätzen die Zustimmung nicht geben.

GR. Skokan (ÖVP) bezeichnet diese Geschäftsgruppe als eine der schwierigsten der Verwaltung, und zwar deswegen, weil sie rund 50.000 Personen beschäftigt und diesen und ihren Familien das Brot gibt. Wie schwierig diese Geschäftsgruppe ist, ist schon daraus zu ersehen, daß sie seit dem Jahre 1945 bereits von dem sechsten Amtsführenden Stadtrat geleitet wird. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß im Jahre 1956 kein höherer Beamter im Ausschuß erschie-

nen ist und über Verwaltungs- und Betriebsreform berichtet hat. Erst heute hörte man von Planungen, die vorgesehen sind, um den Bediensteten die Arbeit zu erleichtern oder andererseits lukrative Arbeit zu erfüllen. Der Redner stellt fest, daß bei der Aufnahme in den Gemeindedienst die Auswahl nicht immer nach fachlichen Erwägungen getroffen wird. Es wurden sogar Personen, die mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen sind, anderen vorgezogen. Er wirft die Frage auf, wer bei Schaffung eines Personalaufnahmegesetzes, ein Entwurf wurde von der Regierung bereits ausgearbeitet, bei der Gemeinde Wien über die Aufnahme von Bediensteten entschieden wird; ob dann die zuständigen Stadträte gefragt werden oder ob durch das Personalamt die Aufnahme vorgenommen wird. Der Redner tritt sodann auch für eine Stellensystemisierung ein, die dem Gemeinderat zusteht.

Die Erhöhung des Personalstandes begrüßt er, bedauerlich sei nur, daß die Erhöhung nicht in größerem Maße erfolgt ist. Der Redner spricht sich sodann gegen die Verminderung des Personals des Stadtgartenamtes aus, da er befürchtet, daß darunter unsere städtischen Gärten und Anlagen und somit die dort erholungsuchenden Wiener leiden könnten. Auch die Verringerung des Personals der städtischen Bäder lehne er ab. Mehr Personal müßte auch der Stadtreinigung zur Verfügung stehen.

Die Erhöhung der Personalkosten sei auf die Erfüllung des Gehaltsgesetzes zurückzuführen. Hier müsse dem Bundeskanzler und dem Finanzminister gedankt werden, die den Weg für die Bedeckung beim Bund gefunden haben. Dank gebühre aber auch der Gemeinde Wien, die es ermöglicht hat, daß die vollen Bezüge der städtischen Bediensteten ausbezahlt werden können. Das Verhältnis der Ruheständler zu den aktiven Bediensteten kann bei der Gemeindeverwaltung als gut bezeichnet werden. Wesentlich anders sind die Verhältnisse bei den Stadtwerken; dort sind weit mehr Ruhegenußbezieher.

Der Redner beschäftigt sich dann mit der Dienstordnung der Gemeinde Wien und unterzieht einige Bestimmungen einer kritischen Betrachtung. Er regt an, die Dienstbeschreibung alle zwei Jahre jedem Bediensteten vorzulegen.

In der Frage der Arbeitszeit sagte der Redner, er hoffe, daß das Arbeitszeitgesetz, das allerdings noch nicht fertig ist, auch für die städtischen Bediensteten in irgend einer Form angewendet werden wird. Gemeinderat Skokan regt ferner an, so wie beim Bund die Gehaltsvorschüsse zinsenlos zu gewähren und auch Bezugsvorschüsse für die Erwerbung von Wohnungen zu geben.

Auch bei der Versorgung der Witwen gibt es einige Härten, die ausgeschaltet werden müßten. Im Disziplinarrecht für Pensionisten ist eine Milderung notwendig. Die Akademiker sollten so wie beim Bund unabhängig von der Dauer ihres Urlaubes sechs Werk-tage dazubekommen.

Die ÖVP wird diesen Ansätzen ihre Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Graczoll (SPÖ): Das neue Gehaltsgesetz hat den Gemeindebediensteten wirklich viele Erfolge gebracht. Die Gewerkschaften haben ursprünglich eine sechsfache Valorisierung gefordert und eine 6.4fache Valorisierung ist dabei im Durchschnitt herausgekommen. Bei den Verhandlungen mit dem Bund hat die Gemeindeverwaltung großen Wert darauf gelegt, daß die Arbeiterkategorien nicht schlecht abschneiden, und wir können feststellen, daß sich manche Kategorien gegenüber der Privatwirtschaft sogar im Vorteil befinden. Wir wissen, daß mit diesem Gesetz nicht alle Forderungen der Gemeindeangestellten erfüllt werden konnten, aber es sind ganz entscheidende Verbesserungen in lohnrechtlicher und sozialer Natur und auch beim Dienstrecht erreicht worden. Ich glaube, daß es eines der besten Gesetze ist, das heuer hier verabschiedet wurde.

Über Initiative des Stadtrates Riemer wurden heuer zwei blinde Stenotypistinnen eingestellt. Er hat sich durch diese soziale und menschliche Einstellung nicht nur die Sympathien unserer blinden Mitbürger, sondern wohl auch aller Wiener und Wienerinnen erworben. (Beifall bei den Sozialisten.) Man sollte auf diesem Wege fortschreiten, denn es geht darum, den Blinden das Gefühl der Vollwertigkeit zu geben. Wir müssen unseren blinden Mitbürgern das Bewußtsein verschaffen, daß sie nützliche Bürger dieser Stadt sein können.

Die Personalschulungen sollen insbesondere jene Bedienstete erfassen, die mit dem Publikum im direkten Kontakt sind. Wir wissen, daß es den Bediensteten der Stadt manchmal sehr schwer gemacht wird, höflich zu sein. Wir wissen aber auch, daß es manche Bedienstete gibt, die nicht immer den richtigen Ton finden. Der größte Teil der Bediensteten aber versieht seinen Dienst muster-gültig und zuvorkommend. (Beifall bei der SPÖ.) Werden aber diese Bediensteten auch wirklich bemerkt und irgendwie hervorgehoben und belohnt? Seit einiger Zeit gibt es "Verkehrskavalierere". Sollten wir nicht versuchen, auch unter unseren städtischen Bediensteten solche Kavalierere zu suchen? Wir finden sie, wenn wir sie suchen. Man sollte diese Kavalierere auch belohnen, denn auch das ist eine Art der Erziehung. In der Erziehung gilt nicht nur die Strafe, sondern auch die Belohnung. Ich habe das Gefühl, daß wir mitunter zu wenig von diesem Erziehungsmittel Gebrauch machen (Zustimmung bei der SPÖ.) Wir müssen viel mehr als bisher versuchen, unter unseren städtischen Angestellten das Bewußtsein wachzurufen, daß ein guter Beamter nur der sein kann, der zugleich ein Diener des Volkes sein will, Wir haben alle ein Interesse daran, daß ein gewisses Unbehagen gegenüber Ämtern und Behörden, das vielleicht noch ein Überbleibsel aus der faschistischen Zeit ist, beseitigt wird und daß zwischen den Bediensteten der Stadt und der Bevölkerung ein vertrauensvolles Verhältnis hergestellt wird.

Der Redner kommt auf die von ÖVP-Seite vorgebrachten Beschwerden über die Personalpolitik der Gemeinde Wien zu sprechen und hält dem die Personalpolitik beim Land Niederösterreich und in verschiedenen anderen Ländern und Bundesdienststellen entgegen und erklärt: Die undemokratischen Methoden, die man uns hier vorwirft, werden dort angewendet. Einem Bericht an den Landesparteitag der ÖVP Niederösterreich ist zu entnehmen, daß von 2.052 positiven Personalmaßnahmen nur insgesamt 35, also 1.7 Prozent, Sozialisten betrafen. Die in dem Bericht angeführten Beispiele sprechen deutlich genug.

Wir sind dafür, daß die Posten in der öffentlichen Verwaltung nach den Fähigkeiten der Bewerber vergeben werden. Wenn die ÖVP für eine unparteiische Vergabung der Posten ist, dann wird sie dem im Parlament vorliegenden sozialistischen Antrag auf öffentliche Ausschreibung der Posten zustimmen.

Der Redner schließt mit einem Dank an alle Angestellten der Stadt, die ihren Dienst gewissenhaft erfüllt haben, und gibt namens seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Riemer beschäftigt sich in seinem Schlußwort zunächst mit den Ausführungen des ÖVP-Redners. Dieser hat von einem Diktat von einer Partei auf personalpolitischen Gebiet gesprochen. Diesen Vorwurf hört man von der ÖVP jedes Jahr, weil die Redner der Volkspartei über kein Material verfügen, um diese Behauptungen untermauern zu können. Stadtrat Riemer weist darauf hin, daß alle Leiterposten, soweit es sich um das Ressort eines ÖVP-Stadtrates handelt, einvernehmlich besetzt werden. Alle Aufnahmen werden jedoch nach wie vor nach dem fachlichen Können und nach dem Leumund vorgenommen. Daß unter den Neuaufnahmen auch Leute sind, die der SPÖ angehören, ist selbstverständlich. Der Referent wies daher alle Pauschalverdächtigungen zurück. Stadtrat Riemer beschäftigt sich im weiteren mit der vom ÖVP-Redner vorgebrachten Kritik und widerlegte die Anschuldigungen. Der Personalbedarf bei der Baupolizei könnte behoben werden, wenn das Angebot an Baufachleuten entsprechend wäre. Der geringere Personalstand beim Stadtgartenamt ergibt sich daraus, weil in der letzten Zeit ein Teil der Arbeiten von Gewerbebetrieben durchgeführt wurden. Es ist also gerade das geschehen, was die ÖVP immer verlangt. Was die Kritik an der Dienstordnung betrifft, so sind diese Dinge aus den Forderungen der Gewerkschaft bekannt. Darüber wird in der nächsten Zeit verhandelt werden. Zu den Vorschüssen bemerkte der Stadtrat, daß auch bei der Gemeinde Wien zinsenlose Darlehen in Notstandsfällen gegeben werden, darüber hinaus aber gibt es noch eine Darlehenseinrichtung für Anschaffungen. Diese Darlehen werden zu 3 1/2 Prozent verzinst.

Zu den Ausführungen des sozialistischen Debattenredners über einige Beispiele von besonders gutem Verhalten städtischer Angestellter, sagte Stadtrat Riemer, soweit solche Fälle bekannt wer-

den, wird auch ein Weg gefunden, um diesen vorbildlichen Bediensteten eine Anerkennung zukommen zu lassen.

Stadtrat Riemer stellte ferner fest, daß er sich schon in seinem Referat mit der Frage der Erziehung, Schulung und Nachschulung der Bediensteten beschäftigt hat. Er werde auch die Anregung des GR. Graczoll aufgreifen. Wenn gesagt wurde, daß in der Bevölkerung ein gewisses Unbehagen gegenüber Ämtern und Behörden bestehe, ist dies richtig. Dieses Unbehagen müsse bekämpft und überwunden werden. Auch dazu werden die Erziehungsarbeit und die Kurse für die Beamten helfen. Die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft erfolgt im guten Einvernehmen. Ein großer Teil seiner Arbeitszeit, erklärt Stadtrat Riemer, diene Besprechungen und Verhandlungen mit Funktionären, Vertrauensmännern oder einem größeren Kreis von Gewerkschaftern. Es besteht eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Verwaltung. So weit es in seiner Kraft und seinem Wirken liegt, werde diese Zusammenarbeit vertieft und erweitert werden. Die Anträge des GR. Soswinski bittet der Referent abzulehnen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten ohne die Stimmen der VO angenommen. Die beiden Anträge des GR. Dr. Soswinski (VO) wurden gegen die Stimmen der VO abgelehnt.

- . -

Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1957 werden morgen Dienstag, um 9 Uhr früh, mit dem 3. Hauptstück - Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung - fortgesetzt. Berichterstatter ist Stadtrat Mandl.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 17. Dezember

=====

17. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 13 Ochsen, 1 Stier, 17 Kühe, Summe 31. Neuzufuhren Inland: 284 Ochsen, 166 Stiere, 1.050 Kühe, 146 Kalbinnen, Summe 1.646. Neuzufuhren aus Jugoslawien: 28 Stiere, Gesamtauftrieb: 297 Ochsen, 195 Stiere, 1.067 Kühe, 146 Kalbinnen, Summe 1.705. Unverkauft: 7 Ochsen, 2 Stiere, 30 Kühe, Summe 39. Verkauft: 290 Ochsen, 193 Stiere, 1.037 Kühe, 146 Kalbinnen, Summe 1.666.

Preise: Ochsen 8.50 bis 11.40 S, Extremware 11.50 bis 12 S, Stiere 10 bis 11.70 S, Extremware 11.80 bis 12 S, Kühe 7.20 bis 10 S, Extremware 10.20 bis 10.50 S, Kalbinnen 9.50 bis 11.30 S, Extremware 11.40 bis 11.70 S, Beinlvieh, Kühe 6 bis 8.20 S, Ochsen und Kalbinnen 7.20 bis 9.50 S. Für Inlandrinder erhöhte sich der Durchschnittspreis bei Ochsen um 6 Groschen, Stiere um 2 Groschen, Kühe um 1 Groschen. und ermäßigte sich bei Kalbinnen um 8 Groschen. Beinlvieh notierte behauptet. Die Durchschnittspreise betragen demnach für Ochsen 9.87 S, Kühe 7.82 S, Stiere 10.76 S, Kalbinnen 9.86 S. Jugoslawische Stiere notierten von 10.50 bis 11 S.

- - -